## **Unser Saarland von Morgen.** 1 2 Leitantrag zum Saarlandtag der Jungen Union Saar 3 am 28. August 2021. 4 5 Im folgenden Text wurde bei der Angabe von Personenbezeichnungen die männliche Form ge-6 wählt. Dies ist nicht geschlechtsspezifisch gemeint, sondern geschah ausschließlich aus Gründen 7 der besseren Lesbarkeit. Soweit neutrale oder männliche Bezeichnungen verwendet werden, sind 8 hierunter Personen jeden Geschlechts zu verstehen. 9 10 I. Präambel 11 Mit der Landtagswahl im März 2022 stehen wir im Saarland vor wegweisenden Richtungs-12 entscheidungen. Es wird insbesondere darum gehen, den Menschen nach dem ersehnten 13 Ende der Corona-Pandemie Perspektiven aufzuzeigen. Wir wollen, dass das Saarland von 14 15 morgen für Menschen aller Bevölkerungsschichten lebens- und liebenswert bleibt. 16 Es geht darum, für die Zukunft eine ausreichende Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplät-17 zen zu schaffen, damit junge Menschen hier eine berufliche Heimat finden. Die zentrale 18 Frage unserer Zeit wird sein, wie wir die Arbeitswelt der Zukunft digital und nachhaltig ge-19 20 stalten, ohne dabei jedoch unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze vieler Menschen zu gefährden. 21 22 Das Saarland ist Industriestandort und das soll auch so bleiben. Wir müssen unseren 23 Schlüsselindustrien Möglichkeiten bieten, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, um dau-24 erhaft stark zu bleiben. Klimaschutz und Wirtschaftspolitik dürfen nicht gegeneinander 25 ausgespielt werden, sondern müssen zusammen gedacht werden. 26 27 Eine erfolgreiche Zukunft beginnt bei unseren Kleinsten. Diesen müssen wir die bestmögli-28 che Bildung bieten, ganz gleich an welcher Schule und ganz gleich welcher Abschluss. Wir 29 30 müssen dabei unsere Position in der Großregion genauso nutzen wie unsere Chancen als IT-Standort. 31

Die Menschen im Saarland wollen hier auch in Zukunft in Sicherheit leben. Dafür braucht es einen starken Rechtsstaat und vor allem Menschen, die diesen mit Leben füllen. Sicherheit bedeutet aber auch eine wohnortnahe Versorgung, ganz gleich ob Lebensmittel- oder Gesundheitsversorgung. Wir wollen den Menschen wieder Lebensfreude zurückgeben. Die vielen saarländischen Vereine haben in der Pandemie stark gelitten. Diese gilt es zu unterstützen.

Alle diese Punkte gilt es zu berücksichtigen. Wir wollen uns nicht mit Mittelmaß zufriedengeben. Wir wollen, dass das Saarland Vorreiter wird, beispielsweise in Sachen Digitalisierung. Für alle diese Bereiche stellen wir als Vertreter der jungen Generation die nachfolgenden Forderungen auf. Für unser Saarland von Morgen!

#### II. Bildung, Hochschule und Wissenschaft

Digitales Lernen und Lehren hat gerade durch die COVID-19-Pandemie einen nie da gewesenen Stellenwert erfahren. Von jetzt auf gleich sind wir von der Kreidezeit in ein neues Zeitalter der digitalen Bildung gestartet. Die durch die Pandemie gewonnenen Fortschritte und Erfahrungen gilt es auch in Zukunft beizubehalten.

Doch auch unabhängig von der Pandemie gilt es, bestehende Systeme zu evaluieren und Konzepte vorzulegen, um der Bildung in unserem Land auch zukünftig den höchsten Stellenwert zukommen zu lassen und das Saarland als Wissenschaftsstandort in der Großregion zu stärken und auszubauen. Um dies zu gewährleisten, legt die Junge Union Saar für den Bereich der Bildung, der Hochschule und der Wissenschaft folgenden 12-Punkte-Plan vor.

## 1. Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Die Junge Union Saar lässt dem Entscheidungsprozess über den weiteren Bildungsweg eine bedeutende Rolle zukommen, da dieser für den Werdegang der Schüler von enormer Bedeutung ist. Die Expertise, Objektivität und der Weitblick des Grundschullehrers sollen genutzt werden, um die Schüler bei der Wahl des weiteren Bildungswegs individuell bestmöglich beraten zu können. Um Losverfahren und Fehlentscheidungen bei der Wahl der weiterführenden Schule zu vermeiden, setzen wir uns für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung ein.

Bei fehlender Empfehlung soll den Schülern neben einem Testverfahren die Möglichkeit eines Beratungsgesprächs mit der gymnasialen Schulleitung offenstehen, um individuelle Umstände besonders zu berücksichtigen. Die verbindliche Grundschulempfehlung ist zur Herstellung von Chancengleichheit notwendig, damit alle Kinder (unabhängig ihrer Herkunft) die Möglichkeit auf eine bestmögliche, ihren persönlichen Qualifikationen entsprechende Bildung erhalten.

#### 2. Ein zusätzliches Lernjahr für ein starkes Abitur

Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2001/2002 und der Einführung der Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2012/2013 besteht aktuell für die Schüler die Wahlfreiheit, das Abitur nach 8 Jahren auf dem achtjährigen Gymnasium oder nach 9 Jahren auf der Gemeinschaftsschule zu erlangen. Die Junge Union Saar begrüßt die bisherigen Bestrebungen der CDU Saar, nach der Einführung von G8 nicht verfrüht zum alten System G9 zurückzukehren, sondern das bestehende System zunächst zu optimieren, um die Systemumstellung nachhaltig evaluieren zu können.

Zum heutigen Zeitpunkt liegt die Einführung von G8 bereits 20 Jahre zurück, seit dem ersten G8-Abschluss im Jahr 2009 gibt es nun seit 12 Jahren die Möglichkeit der Evaluation und es tauchen immer wieder berechtigte Zweifel an diesem System auf. Die Junge Union Saar misst diesem Thema höchste Wichtigkeit bei, da Bildung das höchste Gut unseres Landes ist.

Um dem Abitur als allgemeine Hochschulreife und höchstem Schulabschluss wieder seine ursprüngliche Wertigkeit zukommen zu lassen, muss dessen Qualität gesteigert werden. Dafür bedarf es sowohl Anpassungen der Lerninhalte an die Herausforderungen unserer Zeit und die der Zukunft als auch ein höheres Niveau bei den Anforderungen zum Erlangen des Abiturs. Dessen kann das Abitur nur mithilfe eines zusätzlichen Lernjahres gerecht werden. Dies bedeutet, dass ein Abitur am Gymnasium zukünftig wieder nach 9 Jahren (G9) möglich sein soll.

Ein zusätzliches Lernjahr hätte allerdings ebenfalls zur Folge, dass man das Abitur an Gemeinschaftsschulen erst nach 10 Jahren erlangen würde. Um die reguläre Schullaufbahn zum Erlangen des Abiturs von aktuell 8 bis 9 Jahren nicht zu überschreiten, soll das **Abitur** 

nur noch an Gymnasien absolviert werden können. Um jedoch auch den Schülern der Gemeinschaftsschule das Abitur zu ermöglichen, setzen wir uns für einen fließenden und reibungslosen Übergang nach der 10. Klasse von der Gemeinschaftsschule zum Gymnasium bzw. zum beruflichen Oberstufengymnasium ein.

Die Gemeinschaftsschulen sollen dadurch gestärkt werden, dass der Fokus nun noch mehr auf die einzelnen Schulabschlüsse gelegt wird. Ebenso wie beim Abitur sollen auch die an der Gemeinschaftsschule angebotenen Abschlüsse sowohl inhaltlich als auch qualitativ auf ein höheres Niveau gehoben werden, um jedem Schulabschluss eine hohe Wertigkeit zuzuschreiben. Die Schüler sollen dadurch auf jeden weiteren Weg – ob Berufsausbildung oder Wechsel zum Gymnasium – bestmöglich vorbereitet werden.

## 3. Für ein starkes dreigliedriges Schulsystem mit starken Abschlüssen

Die Junge Union Saar setzt sich für ein **dreigliedriges Schulsystem** ein, das auf die deutschlandweit gängigen Abschlüsse (Hauptschulabschluss, Mittlerer Bildungsabschluss und Abitur) ausgerichtet ist. Dieses System wird **durch die beruflichen Schulen und Förderschulen ergänzt.** 

Schüler sollen gemäß ihren individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen, Begabungen und Neigungen die Möglichkeit erhalten, ihrem Lerntempo entsprechend einen Abschluss erzielen zu können. Die Junge Union Saar setzt sich für die Stärkung und den Ausbau der einzelnen Abschlüsse ein. Hierbei ist hervorzuheben, dass nicht alle Schüler die allgemeine Hochschulreife erlangen können und müssen. Ausbildungsberufe müssen die gleiche Wertigkeit erhalten wie Berufe, für die es eines Hochschulabschlusses bedarf.

Insbesondere sprechen wir uns für die Beibehaltung und Stärkung der dualen Ausbildung im Saarland aus. Die Anerkennung und Wertschätzung aller Abschlüsse sowie die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung müssen gesellschaftlich wiederhergestellt werden. Um die Ausbildungs- insbesondere Handwerksbetriebe bei der Gewinnung zukünftiger Nachwuchskräfte zu unterstützen und zur Aufklärung der Möglichkeiten, die Ausbildungsberufe mit sich bringen, sollen die weiterführenden Schulen in einen regelmäßigen Austausch mit den Betrieben treten.

Die Idee der **Schaffung einer Einheitsschule lehnen wir strikt ab**, da einzelne Schularten 131 weder privilegiert noch benachteiligt werden dürfen. 132

133133

134

136

#### 4. Ausbau der Freiwilligen Ganztagsschulen

135 Die Freiwillige Ganztagsschule (FGTS) leistet neben der erleichterten Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch pädagogisch einen wertvollen Beitrag durch die Nachmittagsbetreuung und die darin enthaltene Hausaufgabenbetreuung. Darüber hinaus bietet die FGTS zu-137 sätzliche Chancen durch die Verknüpfung von Betreuung, Erziehung und Bildung in den 138 Schulen vor Ort. 139

140140

141

142

143

144

145

147

148

149

150

151

152

153

154

155

157

158

159

160

161

Neben der Qualitätssicherung in der FGTS setzt sich die Junge Union Saar für deren Erhalt und Ausbau ein. Auch weiterhin muss eine echte Wahlfreiheit zwischen Echten (Gebundenen) und Freiwilligen Ganztagsschulen für die Schüler sowie deren Eltern im Saarland und damit auch in den einzelnen Landkreisen bestehen bleiben. Die Einführung von verpflichtenden Ganztagsbetreuungen lehnen wir daher ab.

146146

#### 5. Inklusion in Schulen

Nicht alle Kinder haben die gleichen Bedürfnisse, vielmehr brauchen sie individuelle Förderung. Die Junge Union Saar fordert daher die Beibehaltung der Wahlfreiheit bei der Schulwahl im Bereich der Inklusion. Um auch Kindern, deren Eltern sich einen Regelschulplatz wünschen, eine bestmögliche Förderung anzubieten, sollen auch die Regelschulen mit entsprechenden Fördermaterialien ausgestattet werden. Zusätzlich muss auch eine ausreichende Stundenanzahl von Förderlehrern an den Schulen gewährleistet sein. Des Weiteren fordern wir einen schnelleren Fortschritt bei dem barrierefreien Ausbau von Schulen, um einen wohnortnahen Schulbesuch von Schülern mit Handicap zu gewährleisten.

156156

Die Inklusion in den Schulen sollte zum Schutz aller Schüler psychologisch und sozialpädagogisch verstärkt begleitet werden, um psychischen Belastungen vorzubeugen und diese schnell zu erkennen. Außerdem wird eine individuelle Berufsberatung in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit gefordert, um frühestmögliche Förderung der Inklusion und eine Integration in den Arbeitsmarkt sicherzustellen.

162162

#### 6. Lerninhalte weiter ausbauen

- Die digitale Revolution ist unbestreitbar die größte Herausforderung unseres Jahrhunderts.
- Die kommenden Generationen werden von Anbeginn in einer Welt leben, die viel digitaler
- ist, als wir es uns bisher vorstellen können. Diese Generationen müssen auf das Leben in
- dieser vollends digitalisierten und KI-beeinflussten Welt vorbereitet werden. Wir fordern
- daher eine digitale Früherziehung bereits im Vorschulalter.

170170

164

- Digital gestützte Lehre und der Einsatz von fächerübergreifenden digitalen Lehr- und
- 172 **Lernmethoden** sind eigentlich Hausaufgaben von gestern. Diese wurden jedoch zu lange
- 173 nicht angegangen und müssen nun endlich nachgeholt werden. Dieses integrative Vermit-
- teln der Nutzung digitaler Systeme wird allerdings nicht reichen, um die kommende Gene-
- 175 ration zu digital mündigen Bürgern zu erziehen.

176176

- 177 In einer Welt, in der immer mehr personenbezogene Daten gesammelt und verarbeitet; und
- immer mehr datenbasierte Entscheidungen durch KI getroffen werden, reicht es nicht mehr,
- den Schülern der Zukunft die Anwendungskompetenz (Bedienung digitaler Systeme) bei-
- zubringen. Wer in einer solchen Welt selbstbestimmt leben will, muss Methodenkompe-
- tenz erlangen, also zumindest rudimentär verstehen, was im Hintergrund geschieht und
- wie digital Entscheidungen getroffen werden. Die einzige Möglichkeit, digitale Mündigkeit
- und Methodenkompetenz für die gesamte Breite der kommenden Generationen zu errei-
- 184 chen, ist die verpflichtende Einführung des Faches "Informatik" bereits ab der 5. Klasse
- für alle Schulformen. Daher fordert die Junge Union Saar eben jene Maßnahme zur Ver-
- 186 mittlung von informationstechnischem Wissen unter Orientierung am "Dagstuhl-Dreieck"
- bereits zum Schuljahr 2023/2024.

188188

- Die Junge Union Saar fordert des Weiteren, Unterricht im Fach "Politik" bereits ab der 6.
- 190 Klasse an Gymnasien verpflichtend einzuführen, um das Interesse für Politik bereits bei
- jüngeren Schülern zu entwickeln und zu fördern. An Gemeinschaftsschulen soll der politi-
- sche Anteil des Fachs "Gesellschaftswissenschaften" ausgebaut werden. So fordern wir,
- dass mehr tagespolitische Themen in den Schulalltag implementiert werden sollen, um Ju-
- 194 gendliche für Politik und somit auch für politisches Geschehen zu sensibilisieren.

Ebenso sollten die Angebote, bei denen sich Jugendliche und junge Erwachsene über die Funktionen und Aufgaben, aber auch die Bedeutung des Parlaments informieren können, deutlich ausgebaut werden. Ein Beispiel hierfür sind so genannte **Jugendpolitiktage**, bei denen unter Vorgabe eines festen Rahmens die Möglichkeit besteht, das eigene politische Verständnis nachhaltig aufzuwerten. Bei der Umsetzung von Projekten in diesen Fächern sollen zudem Kooperationen mit landesweiten Instituten für politische Bildung stattfinden.

Das Seminarfach, welches in der gymnasialen Oberstufe angeboten wird, soll inhaltlich geschärft werden. So fordert die Junge Union Saar, dass das Seminarfach in weiteren Bereichen angeboten wird, wie zum Beispiel in den Bereichen Ernährung, Mehrsprachigkeit oder Digitalisierung. Einen genauen Überblick über die einzelnen Bereiche sollen sog. Modulkataloge schaffen, die vom Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes vorgegeben werden und Module enthalten sollen, in deren Bereiche die Lehrkräfte dann entsprechende Angebote für Seminarfächer unterbreiten können. In diesen Modulkatalogen sollen auch genaue Vorgaben und Kompetenzen definiert werden, welche themenübergreifend im Seminarfach erlernt werden sollen. Damit die Schüler auch im Seminarfach bestmöglich auf die allgemeine Hochschulreife vorbereitet werden, soll der Fokus auch ganz klar auf dem wissenschaftlichen Arbeiten liegen.

Beim Thema Mehrsprachigkeit ist es uns von großer Bedeutung, dass auch der Fremdsprachenunterricht gestärkt und ausgebaut werden soll. Hierbei sprechen wir uns für die Beibehaltung der Wahlfreiheit aus. Langfristiges Ziel soll jedoch sein, dass alle Schüler – egal
welche Schulform sie besuchen und welchen Abschluss sie anstreben – sowohl Englisch als
auch Französisch erlernen.

Auch Verbraucherbildung – so beispielsweise das Erlernen von Grundkenntnissen im Bereich der Finanzen, Medien, Ernährung und Nachhaltigkeit – soll mehr in den Unterricht und die einzelnen Fächer eingebunden und integriert werden. Außerdem soll der Lehrplan weiter ausgebaut werden und genauere Vorgaben zu beispielsweise Leistungsnachweisen geben, sowie eine genauere Themenübersicht. Zudem soll dieser – im Hinblick auf neue Lerninhalte – auf den Prüfstand gestellt werden, um aktuelle Lerninhalte durch neue zu ersetzen bzw. zu ergänzen.

Des Weiteren setzen wir uns für die Einführung von Talent-Scouts an Schulen ein. Talent-Scouts sollen Schüler bei der Berufsberatung unterstützen. Sie bieten individuelle Beratung losgelöst von schulischer Leistung, stattdessen fokussieren sie sich auf die Talente bzw. die sogenannten "soft skills" der Schüler. Da die Talent-Scouts in den Schulen zugegen sind, kennen sie die meisten Schüler und können sich eine Einschätzung der Lehrer einholen. Durch ihre pädagogische und passgenaue Beratung wird es Schülern ermöglicht, sich frühzeitig Gedanken um ihre berufliche Perspektive zu machen und den für sich passenden Weg einschlagen zu können. Außerdem haben Talent-Scouts einen guten Überblick über Ausbildungsmöglichkeiten in der örtlichen Umgebung oder können Wege der Finanzierung eines Studiums aufzeigen.

# 7. Schulisches Engagement

Jugendpartizipation ist für die Junge Union Saar keine Selbstverständlichkeit. Wenn junge Menschen ihre freie Zeit neben der Schule oder der Ausbildung in Form einer ehrenamtlichen Tätigkeit investieren, so muss dies angesehen und gewürdigt werden. Die erste Möglichkeit für Schüler, sich ehrenamtlich aktiv an der Mitbestimmung zu beteiligen ist die Schule. Die freiwillige Tätigkeit als Klassensprecher oder in der Schülervertretung stellt für viele neben der schulischen Tätigkeit einen erheblichen Teil der Freizeit dar. Als Würdigung dieser innerschulischen Tätigkeiten sehen wir es als wichtig an, diese Tätigkeiten auf dem Zeugnis kenntlich zu machen und besonders hervorzuheben. Hierdurch erfährt die Tätigkeit des Schülers nicht nur eine besondere Würdigung, sondern hierdurch wird auch das durch das Zeugnis vermittelte Bild vervollständigt.

# 8. Gewonnene Vorteile der Digitalisierung beibehalten

Vor- und Nachteile der Pandemie erkennen und nutzen lernen. Dies ist der Grundsatz der Jungen Union Saar in Bezug auf den Digitalisierungsfortschritt in unserer Bildungspolitik. Die immer noch anhaltenden pandemischen Herausforderungen fordern uns Tag für Tag aufs Neue. Wir als Junge Union Saar sehen in der Corona-Pandemie jedoch nicht nur das Nachteilige. Besonders wichtig für uns ist, die mühsam erarbeiteten Fortschritte auch in Zukunft in unserem Bundesland gewinnbringend beizubehalten.

# a. Digitalisierung der Schulen

Für all diese Möglichkeiten benötigt es aber flächendeckend sowohl für alle Schüler als auch Lehrkräfte mobile Endgeräte sowie eine entsprechende digitale Ausstattung in den Schulen, die durch entsprechende Investitionsprogramme weiter gefördert werden sollen.

Wir fordern, dass die schulische Oberstufe in einen regelmäßigen Austausch mit der Universität und den Hochschulen tritt. Ebenso sollen die weiterführenden Schulen auch mit den Ausbildungsbetrieben in engem Austausch stehen. So können wir vorhandenes Wissen und Fähigkeiten vor allem in Bezug auf die digitalen Lerninhalte und praktischen Anwendungen gezielter bündeln und ein Netzwerk zum Austausch schaffen. Kompetenzen bei der Digitalisierung sind das A und O für den Bildungsbereich unseres Landes.

# b. Digitalisierung der Hochschulen

Natürlich achten wir die Freiheit der Lehre und wissen, dass unterschiedliche Lerninhalte verschiedene Methodik/Didaktik benötigen. Auch distanzieren wir uns klar von der Forderung, dass ein rein digitales Studieren möglich sein muss. Keine der saarländischen Hochschulen ist eine Fernhochschule!

Gelungene Digitalisierung kann die Lehre verbessern, gleiches gilt aber auch für gelungene Präsenzveranstaltungen. Daher fordern wir – soweit dies möglich ist – den Einsatz von hybriden Lehrmodellen. Das beinhaltet unter anderem: Materialien online zur Verfügung zu stellen und Vorlesungen mit Bild und Ton zusätzlich aufzunehmen und digital zur Verfügung zu stellen. Insbesondere Studenten mit nebenberuflicher Erwerbstätigkeit oder Studenten mit familiären Verpflichtungen bekommen dadurch die Möglichkeit, an Vorlesungen flexibel teilzunehmen und sie digital nachzuarbeiten. Dies ermöglicht völlig neue Perspektiven.

Wenn die saarländischen Hochschulen im direkten Vergleich der Lehre konkurrenzfähig bleiben wollen, ist dieser Schritt unumgänglich. Während beispielsweise Seminare von der Interaktion in Präsenz maßgeblich profitieren, kann etwa eine sehr technische Vorlesung durch den Einsatz von Flipped Classrooms verbessert werden. Wir fordern alle Dozenten im Saarland dazu auf, ihre eigenen Lehrmethoden kontinuierlich zu hinterfragen und diese – wann immer es sinnvoll ist – durch digitale Einflüsse zu verbessern.

# 9. Vernetzung und Verbesserung der Bildungs- und Lernplattformen

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass cloudbasierter Online-Unterricht ohne physische Kontakte zu anderen Personen zwingende Realität geworden ist. Doch auch über die Pandemie hinaus sollten digitale Lernangebote intensiviert werden. Wir fordern daher, die Schülerschaft mit den Herausforderungen nicht allein zu lassen. Lernplattformen müssen auf dem Stand der Zeit und vor allem standardisiert sein. Ein Flickenteppich aus verschiedenen Systemen, die nicht durch Schnittstellen kompatibel sind, ist der absolut falsche Weg.

Zudem fordern wir als Junge Union Saar die komplette Einführung und Optimierung von Lernplattformen nicht nur an allen Schulen und Schulformen, sondern auch an allen Hochschulen und der Universität. So kann auch nach der Pandemie auf hybride Lehrmodelle zurückgegriffen werden.

Wir fordern auch eine Verbesserung und den Ausbau der Webkonferenz-Plattformen. Diese ermöglichen den Schülern und Studenten einen besseren Wissensaustausch auf digitalem Weg in gewohnter Klassen- und Gruppenatmosphäre. Es existieren eine Vielzahl von digitalen Angeboten, beispielsweise Apps, Software oder Lehr-/ und Lernmaterialien auf verschiedenen Plattformen und Websites im Internet. Während die Inhalte von Schulbüchern stets geprüft und einem gewissen didaktischen und pädagogischen Standard entsprechen, ist dies bei digitalen Angeboten im Netz nicht immer der Fall. Damit Schüler sofort erkennen, ob Inhalte pädagogisch wertvoll sind und qualitativ hochwertigen Standards entsprechen, setzen wir uns für die Einführung eines Gütesiegels oder einer Zertifizierung für didaktisch gute digitale Lehr/- und Lernangebote ein.

# 10. Verpflichtende Fortbildungen im Umgang mit digitalen Medien für alle Lehr-

320 kräfte

Die digitale Ausstattung war und ist ein erster Schritt, um allen Schülern digitales Lernen zu ermöglichen und digitale Medien gezielt in den Unterricht mit einzubeziehen. Mit der Ausstattung allein ist es jedoch nicht getan. Es bedarf auch des richtigen Umgangs mit digitalen Medien. Daher fordert die Junge Union Saar verpflichtende Fortbildungen für alle Lehrkräfte, was den Umgang mit digitalen Medien anbelangt – angefangen im Lehramtsstudium.

Hierbei soll an die individuellen Kenntnisse der Lehrkräfte angeknüpft werden. Jede Lehrkraft soll die Möglichkeit erhalten – aufbauend auf Ihrem Wissensstand – entsprechende
Angebote an Fortbildungen (digital als auch vor Ort) beim Landesinstitut für Pädagogik und
Medien (LPM) vorzufinden. Die Feststellung des individuellen Wissensstandes könnte beispielsweise anhand einer Online-Prüfung mit so genannten Lernlevels erfolgen.

Die Lehrkräfte sollen hierbei auch in den tatsächlich genutzten Kommunikationsformen geschult werden, damit sie in zeitgemäßer Form mit den Schülern kommunizieren können. Des Weiteren sollen die Lehrkräfte im Bereich **Datenschutz und Sicherheit im Netz** geschult werden, um die Gefahren und Risiken zu kennen und die erlernten Kenntnisse an die Schüler weitergeben zu können.

#### 11. Stärkung des Lehrerberufs

Um die Unterrichtsversorgung in den Schulen zu sichern, fordern wir, dass im Stellenplan mehr Lehrerstellen ausgewiesen werden. Dabei gilt auch, dass benötigte Lehrkräfte zeitnah verbeamtet werden und somit auch hier der Lohngerechtigkeit Rechnung getragen wird. Die gängige Befristungspraxis, junge Lehrkräfte mit Kurzzeit-Arbeitsverträgen mit einer maximalen Laufzeit von einem Schuljahr zu beschäftigen, muss aufhören. Gerade junge Lehrer dürfen nicht durch Kettenbefristungen und kurzfristige Versetzungen demotiviert werden, sondern brauchen eine langfristige Perspektive auf ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Nur so bleibt der Lehrerberuf im Saarland auch im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv.

Erhöhungen der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sollen auch über den 01. April 2021 hinaus in den nächsten Jahren weiter erfolgen. Um den Lehrerberuf attraktiv zu gestalten, sollen Aufstiegschancen in eine höhere Besoldungsgruppe für Lehrkräfte an allen Schulformen möglich sein. Ein weiteres Handlungsfeld ist die Verringerung des Klassenteilers.

#### 12. Saarland als Wissenschaftsstandort sichern

Die deutsch-französische Gründungsgeschichte der Universität des Saarlandes (UdS) und ihre interdisziplinäre Europaforschung sind Alleinstellungsmerkmale. Gerade die Lage im Herzen Europas und der Großregion ermöglicht grenzüberschreitende und mehrsprachige Studiengänge und sorgt für eine große Zahl an internationalen Studenten vor allem

aus Luxemburg und Frankreich. Diese Studiengänge gilt es zu erhalten und auszubauen, um die Attraktivität der UdS und der weiteren Universitäten in der Großregion zu steigern. Zudem fordern wir zur Förderung eines besseren Austauschs in der Großregion und zur Attraktivierung und Unterstützung der grenzüberschreitenden Studiengänge und Lehre ein günstiges ÖPNV-Ticket der Großregion.

- Der zukunftsweisende Forschungsschwerpunkt "NanoBioMed" der UdS und des Universi-
- tätsklinikums des Saarlandes (UKS) sitzt an der Schnittstelle verschiedenster naturwissen-
- 369 schaftlicher Disziplinen, wodurch Synergieeffekte hervorgerufen werden.
- Dennoch besteht hier aufgrund der Abhängigkeit von einer Ausstattung, die dem aktuellen
- 371 sich ständig weiterentwickelnden Stand der Wissenschaft entspricht, ein großer Finanzbe-
- darf. Zu dessen Deckung fordern wir ein verstärktes staatliches Engagement, ebenso for-
- dern wir die Bemühung um weitere Forschungseinrichtungen und Lehrstühle in diesem
- 374 Bereich.

 In diesem Zusammenhang begrüßen wir die von Bund und Land für das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS) bereitgestellten Mittel i.H.v. 70 Mio. Euro bis 2025, die unter anderem zur Erweiterung des HIPS vorgesehen sind. Auch weil dadurch die Forschung am Zukunftsthema "antimikrobielle Resistenzen", dessen Wichtigkeit die aktuelle COVID-19-Pandemie zeigt, gestärkt wird. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns allerdings nicht ausruhen, daher fordern wir, dass sich das Land um weitere Ansiedlungen in diesem Bereich bemüht und für eine ausreichende finanzielle Ausstattung von Forschung und Lehre sorgt. Damit kann auch den Studenten des deutschlandweit hoch anerkannten Studiengangs der Pharmazie an der UdS eine Perspektive in unserem Bundesland geboten und mit der richtigen Wirtschaftsförderung hoffentlich auch die daraus resultierende Wertschöpfung im zukunftssicheren Bereich der Pharmazeutischen Industrie für unser Land gewonnen werden.

Auch wenn die Universität des Saarlandes im Jahr 2019 erstmals nicht mit einem Excellenzcluster bedachte wurde, so ist die Informatik an der UdS nach wie vor eine der absoluten Topstandorte, sowohl was Lehre, als auch was Forschung im Bereich Informatik anbelangt. Um bei der nächsten Förderrunde der Exzellenzinitiative erneut berücksichtigt zu werden, muss sichergestellt werden, dass auch ohne Excellenzcluster die Forschung in der Informatik ausreichend finanziert wird, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Daher fordern wir, dass die Informatik\_als eines der Aushängeschilder der Universität des Saarlandes in besonderem Maße gefördert und finanziert wird. Im Allgemeinen weist die Junge Union Saar der Start-up-Förderung eine bedeutende Rolle zu, die zu einer außeruniversitären Berufsperspektive beiträgt und das Saarland als Wissenschaftsstandort aufwertet.

Einige Gebäude der Universität des Saarlandes sind in einem maroden Zustand und schränken sowohl das studentische Leben als auch viele Lehrveranstaltungen ein, da einige Gebäude nicht vollumfänglich genutzt werden können. Davon sind insbesondere sowohl die Gebäude der Geistes- und Bildungswissenschaften als auch die der Medizin betroffen. Zwar werden zwischenzeitlich schon entsprechende Maßnahmen getroffen, diese wurden bisher jedoch noch nicht vollumfänglich angegangen, um dem Sanierungsstau entgegenzuwirken. Wir fordern daher, dass in den Campus mehr investiert wird. Insbesondere sollen die im Haushalt veranschlagten Gelder besser abfließen, wozu entsprechende Maßnahmen – im Besonderen personell – getroffen werden müssen.

#### III. Wirtschaft, Finanzen und Verkehr

In Zeiten der fortschreitenden Globalisierung und Technisierung ist es unerlässlich, sich als Wirtschaftsstandort dem schnellen Wandel in Wirtschaft, Industrie und Forschung anzupassen, in Technologien zu investieren und bürokratische Hürden abzubauen, um nicht im internationalen Rennen abgehängt zu werden. Ziel ist es, das Saarland als weltweiten Handelspartner attraktiver zu machen. Die Junge Union Saar fordert daher Konzepte und Investitionen für einen attraktiven, zukunftsfähigen und ökologischen Wirtschaftsstandort Saarland.

#### 1. Wirtschaft – Innovations- und Energieland Saar

Es gilt das Saarland bundesweit im Bereich der erneuerbaren Energien zum Aushängeschild zu machen, indem man beträchtliche finanzielle Mittel für einen schnellen und effizienten

einrichtungen interessant zu machen und somit einen Anreiz zur Ansiedelung zu bieten. Der saarländische Strukturwandel von der Montanindustrie über die Informatik zu den Zukunftstechnologien muss weitergestaltet und zukunfts- und krisenfest gemacht werden. Dies betrifft unter anderem Schlüsselindustrien und Zulieferer im Bereich der Elektromobilität, um dem positiven Beispiel von SVOLT zu folgen. Darüber hinaus gilt es den Ausbau der vorhandenen Unternehmensstrukturen, insbesondere im Bereich der Wasserstoffgewinnung, voranzutreiben.

Um den Energiewandel im Saarland voranzutreiben, ist es unumgänglich, die CO2-schädliche Stahlindustrie klimafreundlicher zu machen und durch Investitionen in Elektrohochöfen klimafreundlichen Stahl "Made in Saarland" zu schaffen. Als kleines und familiäres Bundesland haben wir aber auch eine große Verantwortung unseren regionalen, saarländischen Unternehmen gegenüber. Ziel muss es sein, unsere etablierten Familienunternehmen zu stärken und nachhaltige Investitionen zu fördern.

Dazu gehört auch eine primäre Vergabe von Aufträgen an bzw. ein Zugehen auf saarländische Unternehmen. Als weiterer, wichtiger Teil saarländischer Wirtschafts- und Strukturförderung fordert die Junge Union Saar den Abbau bürokratischer Hürden für Projekte im Wirtschaftssektor. Die Junge Union Saar möchte dadurch vor allem einem Ausverkauf regionaler Unternehmen durch ausländische Investoren verhindern. Insbesondere in Krisenzeiten muss das Land eine vermittelnde Rolle spielen und Lösungsmöglichkeiten zur Rettung der Eigenständigkeit bieten oder Fusionen mit anderen regionalen Unternehmen (mit Übernahme der bisherigen Mitarbeiterschaft) anstreben.

Zentrales Wirtschaftsziel sollte sein: Mittelständische Unternehmen fördern und somit eine gesunde Unternehmensvielfalt statt Monokultur schaffen. Als neues innovatives Konzept für eine Vereinfachung handwerklicher Freizeittätigkeit durch Shared-Workplaces wurde das Konzept der sogenannten offenen Bürgerwerkstätten entwickelt. Die Junge Union Saar begrüßt diese Vision sehr und fordert eine Unterstützung der Landesregierung zur schnellen und effektiven Umsetzung.

Des Weiteren fordert die Junge Union Saar die Einrichtung einer neuen Abteilung im Ministerium für Finanzen und Europa, um Behörden und Unternehmen eine Hilfestellung im Bereich europäischer Fördermittel zu bieten. Die Erfahrung zeigt, dass die Behörden und Unternehmen hier oftmals erheblichen Hürden unterliegen. Personen mit Fachkenntnissen und dem richtigen Know-how können hier Abhilfe schaffen und somit Zeit und Aufwand bei den betreffenden Stellen einsparen.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen ist für das Saarland von existenzieller Bedeutung. Um diese Thematik für die Zukunft voranzubringen, muss die **Gründerförderung** mit finanziellen Mitteln **aufgestockt** werden. So wird gewährleistet, jungen Unternehmern und Startups eine finanzielle Basis, auf der sie aufbauen können, zu bieten.

Die Junge Union Saar fordert weiterhin unter dem Aspekt des weltweiten Klimawandels die Stärkung und Subventionierung ökologischer Versorgungsunternehmen der Region. Zukunftsgerichtete und nachhaltige Verkaufsmethoden wie Unverpacktläden sind hierbei zu nennen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit mehr und besser recycelt wird und um die Recyclingquote in Deutschland zu steigern. Außerdem soll die Verbrennung von nicht recyclebarem Müll besser zur Energiegewinnung genutzt werden.

Die Junge Union Saar fordert das **Einführen eines Wirtschafts-Labels**, damit man langfristig zu einer **nachhaltigen und vertrauensbildenden Produktion hochwertiger Lebensmittel** beitragen kann. Dieses Label kann mit strengeren Standards für Tierschutz, Umwelt, Gesundheit, Klima und bessere Arbeitsbedingungen mehr die Nachhaltigkeit fördern.

- 2. Tourismus
- Der Tourismus- und Fremdenverkehr im Saarland ist eine wichtige und lukrative Wirtschaftssparte, die seit Jahren weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Es muss Ziel der nächsten Jahre sein, unser schönes und so lebenswertes Bundesland für Touristen und Urlauber aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarstaaten attraktiv zu machen.

Es gilt neben neuen Marketing-Strategien auch die Kommunen in der Tourismusförderung vor Ort zu unterstützen und mit dem nötigen Budget für Investitionen und Pflege der touristischen Infrastruktur auszustatten. Gerade die Kommunen sind wichtiger Motor

des saarländischen Tourismus und müssen als solcher auch wieder handlungsfähig sein. Es kann und darf nicht sein, dass kommunal benötigte Mittel für touristische Investitionen größtenteils zentral von der Tourismuszentrale Saar (TZS) gebunden und verwaltet werden und nicht dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden.

Die Junge Union Saar fordert daher eine Finanzspritze für die kommunale Tourismusförderung sowie den Ausbau und die Optimierung des Verkehrsnetzes im Saarland, um den Fremdenverkehr zu erleichtern und für Gäste aus dem Umland anziehend zu machen. Hierbei ist insbesondere die geographische Lage des Saarlandes sowie die erfolgreiche Arbeit in der Großregion als Chance zu werten. Zukünftig ist die Kooperation in der Tourismusbranche zwischen dem Saarland, Frankreich, Luxemburg und dem Land Rheinland-Pfalz auszubauen.

#### 3. Finanzen

Die schwarze Null ist eines der zentralen Themen unserer Generation, einhergehend damit auch die Schuldenbremse. Wir müssen dafür sorgen, dass gerade in den Jahren nach der Corona-Pandemie die Schuldenbremse wiedereingeführt wird – insbesondere auch, um zukünftigen Generationen durch ein kostendeckendes und zukunftsfähiges Wirtschaften eine Perspektive bieten zu können. Hierfür müssen wir auch schnellstmöglich wieder zur Schwarzen Null als Investition in die Zukunft zurückkehren. Dieses Vorgehen darf allerdings nicht auf dem Rücken der Kommunen basieren. Es müssen konkrete Konzepte erarbeitet werden, welche den Kommunen trotz Schuldenbremse finanzielle Spielräume erlauben. Das Saarland darf zukünftig kein Haushaltsnotlageland mehr sein.

Wir wollen insbesondere klimaneutrale Haushalte entlasten. Aus diesem Grund sollen auch die belohnt werden, die durch Umrüstung und/oder Sanierung ihren Haushalt klimaneutral gestalten, indem sie eine steuerliche Entlastung erhalten. Leider sind "nachhaltige" Modernisierungen noch etwas kostspieliger als herkömmliche Anschaffungen. Hier können aber Bund und Länder durch steuerliche Entlastungen Kaufanreize schaffen.

Nachhaltige Politik muss sicherstellen, dass auch die Generationen nach uns Gestaltungsspielräume haben. Daher muss eine nachhaltige Finanzpolitik den Rahmen vorgeben, die eine disziplinierte Ausgabenpolitik umfasst. Das heißt: Wir müssen uns an den Einnahmen orientieren, um zu wissen, was wir ausgeben können. Dazu zählt auch das Setzen von Prioritäten, aber auch Vorsorgeelemente, wie zum Beispiel ein Fonds zur ergänzenden Finanzierung der Vorsorgeelemente und Rücklagenzuführungen.

#### 4. Verkehr

Der Status Quo des saarländischen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist kein zufriedenstellender. Die Junge Union Saar setzt sich für eine **umgehende Generalüberholung des ÖPNV in der Fläche und seiner Tarifstruktur** ein. Wir erachten neben den gewöhnlichen Transportmitteln (Bahn, Straßenbahn, Bus, Auto, Fahrrad und zu Fuß) verschiedene alternative Möglichkeiten als zukunftsweisende und nachhaltige Lösungen für umsetzbar.

Wir setzen uns deshalb für die Einbindung alternativer Transportmittel und Verkehrssysteme in die Verkehrspolitik der saarländischen Landespolitik ein. Als Junge Union sehen wir insbesondere Share-Systems als Leitprojekte einer nachhaltigen Zukunftspolitik. Gerade der ländliche Raum, der in den vergangenen Jahrzehnten von der Stilllegung verschiedener Bus- und Bahnstrecken betroffen war, weist heute Nachholbedarf bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auf. Hier können in vielen Fällen Bürger- oder On-demand-Busse als effiziente Lückenfüller dienen, welche durch die Landesregierung gerade in der Startphase besonders gefördert werden müssen. Durch den Einsatz solcher Kleinbusse, kann erreicht werden, dass auch auf wenig befahrenen Strecken die Möglichkeit besteht, auf ein Auto zu verzichten. Außerdem ermöglichen diese auch einen bedarfsgerechteren Nahverkehr, womit das Umherfahren leerer Linienbusse verhindert werden kann. Dieses Zukunftsprojekt sollte als App-basierte Lösung realisiert werden.

Auch nachts muss die Heimfahrt vor allem junger Menschen sichergestellt sein, weshalb wir uns als Junge Union Saar dafür einsetzen, landesweit zu prüfen, ob die Einsetzung einer Subvention nach dem Vorbild des sogenannten Jugendtaxis des Landkreises Merzig-Wadern zusätzlich zu den bestehenden Nachtbuslinien umsetzbar ist. Durch eine solche Vergünstigung der Taxipreise für junge Menschen, kann dieses als gute Alternative, vor allem für den Besuch von Festen in Nachbarorten, bei welchen die Nutzung eines Nachtbusses nicht möglich ist, zu der Fahrt mit einem eigenen Fahrzeug angesehen werden.

Der von uns geforderte Wandel im Verkehrsbereich führt auch zur Erreichung unserer anvi-555 sierten Klimaziele, insbesondere die CO2-Reduktion im Verkehrssektor bis zum Jahr 2040. 556 Eine echte Verkehrswende erfordert eine viel stärkere Elektrifizierung des Verkehrs. 557 Energieeffiziente Fahrzeuge sind Ausdruck einer nachhaltigen Zukunftspolitik. Wir wissen 558 aber auch, dass das energieeffizienteste Fahrzeug jedoch das ist, welches gar nicht fährt. 559 Ziel sollte es daher sein, den Individualverkehr – wie im Folgenden gefordert wird – wei-560 testgehend auf Bus, Bahn und Fahrrad zu verlagern. Klar ist dabei jedoch: Dieses Ziel soll 561 durch Anreize erreicht werden. Ein flächendeckendes Verbot von Individualverkehr lehnen 562 563 wir ab.

564564

565

566

567

568

Zur weiteren Reduzierung des Individualverkehrs bedarf es einer **Generalüberholung des** saarländischen ÖPNV. Die aktuelle Tarifstruktur des ÖPNVs im Saarland mit ihrem Wabensystem ist deutlich überholt, wir brauchen ein einheitliches ansprechendes Tarifsystem für das Land.

569569

Der aktuell modifizierte Verkehrsentwicklungsplan (VEP) des Ministeriums für Wirtschaft, 570 Arbeit, Energie und Verkehr muss nun schnellstmöglich umgesetzt und realisiert werden. 571 572 Einzelne im VEP aufgeführten Punkte finden bereits heute unsere Unterstützung, wie zum Beispiel die Reaktivierung stillgelegter, aber noch funktionsfähiger Bahntrassen. Im VEP 573 werden einzelne Maßnahmen mit unterschiedlichen Zeithorizonten aufgeführt. Langfris-574 tige Maßnahmen können dabei bis zu 15 Jahre andauern, bis sie von der Planung an schließ-575 576 lich realisiert sind. Das dauert uns zu lange. Wenn wir einen funktionsfähigen und modernen 577 ÖPNV haben wollen, dann müssen politisch gewollte Verbesserungsmaßnahmen im ÖPNV zeitnah umgesetzt und beschleunigt werden. 578

579579

Zur Beschleunigung aller mit dem VEP verbundenen Verfahren und zur Darstellung der Wichtigkeit des Verkehrsbereichs einer zukunftsgewandten Politik fordert die Junge Union Saar die Einrichtung eines neuen Ministeriums ab der kommenden Legislaturperiode. Das sogenannte Nachhaltigkeitsministerium soll sich hierbei mit den großen Zukunftsthemen Umwelt, Energie und eben insbesondere auch um den Verkehrsbereich kümmern.

Wir erhoffen uns hiervon eine bürgernahe Zukunftspolitik der saarländischen Landesregierung. Das bedeutet insbesondere, dass bei der Realisierung bzw. der Prüfung einzelner Maßnahmen des VEP die Interessen betroffener Bürger gehört werden und berücksichtigt werden. Wir als Junge Union Saar wollen das bestehende System vom Grundsatz her überdenken: Die vorhandenen Strukturen können nur mit politischem Mut und Entschlossenheit durchbrochen werden. Einfachere Strukturen sind möglich und scheinen unter Berücksichtigung der Größe unseres Bundeslandes auch angemessen. Ein zukunftsgerichteter ÖPNV aus einem Guss – durch Bündelung von Zuständigkeiten insbesondere der Aufgabenträger in einem "Verkehrsverbund Saar" – ist möglich und deswegen unser Ziel. Aktuell handelt es sich beim SaarVV lediglich um einen Tarifverbund, jedoch nicht um einen Verkehrsverbund. Dies stellt auch die Grundlage dafür dar, dass erforderliche Verkehrsflüsse über die Kreisgrenzen hinweg ohne Einschränkungen erfolgen können.

Unter neuem Dach des landesweiten Verkehrsverbundes gilt es ein neues Tarifsystem einzuführen. Das Wabensystem ist in ein entfernungsabhängiges, ortsbasiertes Ringsystem602 zu überführen. Diese Ringe ließen sich beispielsweise durch eine Staffelung der Anzahl an603 Haltestellen oder auch durch ein Entfernungssystem, ausgehend vom Einstiegsort, mo- 604 dellieren. So wäre ein dreistufiges Preissystem mit variablen Ringen aus Nahbereich, Mit-605 telstrecke sowie landesweitem Verkehr zum Höchstpreis denkbar. Die bisher vom Wirt-606 schaftsministerium vorgestellten Pläne zur Entgeltreform können nur als ersten Schritt in607 die richtige Richtung angesehen werden. Die komplette Abschaffung des komplizierten 608 und im Einzelfall ungerechten Wabensystems ist und bleibt unser Ziel.

die Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets (wie bereits in anderen Bundesländern) sowie 612 eines entsprechend preisreduzierten Monatstickets für Bevölkerungsgruppen wie Schü-613 ler, Studenten, Senioren und kinderreiche Familien kann hier zu einer deutlichen Attrak-614 tivitätssteigerung des ÖPNVs im Saarland führen. Hierbei sollte auch Studenten, welche 615 kein Semesterticket für das SaarVV-Netz besitzen, d. h. außerhalb des Saarlandes studieren,616 die Möglichkeit gegeben werden, ein vergünstigtes Zeitticket erwerben zu können. Dies 617 würde vor allem das Absolvieren eines Praktikums im Saarland attraktiver machen, da bisher 618 ein normales Monatsticket erworben werden muss.

#### 620 a. Bahn/Zug/S-Bahn

621 Das Verständnis zum saarländischen ÖPNV muss sich in der saarländischen Bevölkerung,622 aber auch bei der saarländischen Verkehrspolitik umgehend wandeln. Die Junge Union Saar623 sieht den ÖPNV als gute und nachhaltige Alternative zum viel genutzten Auto an. Hierbei624 kommt dem Bahnverkehr eine zentrale Rolle zu. Die Bahn muss stärker in die Fläche rein,625 das heißt: Wir brauchen eine Ausweitung des aktuellen Streckennetzes, das bisher die 626 Hauptstrecken zwischen Saarbrücken und Merzig über Völklingen und Saarlouis sowie zwi- 627 schen Saarbrücken über Homburg bzw. nach Neunkirchen umfasst. Nur wenige Regional-628 bahnlinien führen in ländlichere Regionen.

629

Um einen modernen ÖPNV zu verwirklichen, muss es zukünftig neue Bahnlinien geben, die 631 mehr ins Landesinnere bzw. an die Landesgrenzen zu Frankreich, Luxemburg und Rhein-632 land-Pfalz gehen. Außerdem ist für uns auch eine "Querverbindung", die den Osten und 633 den Westen des Saarlandes verbindet, denkbar. Die Junge Union Saar fordert aus diesem 634 Grund die zeitnahe Reaktivierung stillgelegter, aber funktionstüchtiger Bahnstrecken. 635 Im aktuellen VEP wurden bereits für eine Vielzahl stillgelegter Bahnstrecken das Kosten- 636 Nutzen-Verhältnis (KNV) berechnet. Alle Strecken, die einen KNV größer als den Wert I ha-637 ben, sind demnach mit einem positiven volkswirtschaftlichen Nutzen verbunden.

638

639 Die Junge Union Saar sieht demnach ein großes Potential in der Reaktivierung verschiede-640 ner Strecken, wie u. a. der Primstal- und der Rosseltalbahn. Die saarländische Landesregie-641 rung muss die detaillierte Prüfung sowie die danach folgende bauliche Realisierung (bei der 642 die verkehrstechnische Infrastruktur bereits größtenteils noch vorhanden ist) zeitnah um- 643 setzen. Eine Reaktivierung nach 15 Jahren ist somit keine tragfähige Maßnahme, um den 644 saarländischen ÖPNV zu modernisieren und für neue Bevölkerungsgruppen attraktiv zu ma-645 chen. Das neue Nachhaltigkeitsministerium muss das Ziel, die Bahn mehr in die Fläche zu 646 bringen, als Zentralaufgabe verstehen und die Realisierung beschleunigen. Für die Junge 647 Union Saar versteht sich die Reaktivierung verschiedener Bahntrassen aber auch als Aus-648 weitung des bereits vorhandenen Saarbahn-Netzes.

649

650 Wir setzen uns weiterhin für eine **Zugstrecke zwischen Luxemburg und Saarbrücken** ein,651 damit insbesondere für Pendler zwischen den beiden Ländern die Reise vereinfacht wird.652 Die bessere Anbindung des Saarlandes nach außen durch **weitere Expresszüge** sowie nach

653 innen durch eine bessere Anbindung von Industrie- und Gewerbegebieten an den ÖPNV654 sehen wir ebenfalls als weitere Schritte an, um den Umstieg der Saarländer auf den ÖPNV655 voranzutreiben. Hierzu zählt bspw. auch eine Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Saar-656 brücken und Frankfurt. Das Saarland muss wieder Knotenpunkt deutschland- und euro-657 paweit werden.

658

# **b. Bus**

660 Im neu auszurichtenden, saarländischen ÖPNV muss – wie bereits ausgeführt – die Bahn 661 mehr in die Fläche. Das Verständnis des Busangebotes muss ebenfalls modernisiert und zu-662 kunftsorientiert ausgelegt werden. Busse müssen zukünftig mehr zu Zulieferer und Abho-663 ler zum vorhandenen Zugangebot werden. Eine genaue Abstimmung zwischen beiden 664 Transportmitteln muss als integraler Takt abgestimmt werden. Vorrangiges Ziel ist hierbei665 die Reduzierung der Umstiege im ÖPNV. Die Fahrt zwischen Wohnort im ländlichen Raum666 zur Arbeitsstätte in der Stadt darf nicht mehr als zwei Umstiege – anzustreben ist eher einer667 – haben.

Insbesondere die Landeshauptstadt Saarbrücken, aber auch die saarländischen Mittelstädte670 als Arbeitszentrum vieler Saarländer, müssen über eine gesunde Taktfrequenz verfügen, die 671 nicht zu lang, aber auch nicht zu kurz sein darf. Zur Beschleunigung und zur Umgehung von 672 Stausituationen in der Landeshauptstadt fordert die Junge Union Saar, dass verschiedene 673 Buslinien in der Innenstadt neu konzipiert werden und zur besseren Streckennutzung 674 Trassen und Haltestellen der Saarbahn nutzen.

675

676 Um den ÖPNV selbst bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten, bedarf es ebenfalls einer 677 Umstellung der heute noch meist dieselbetriebenen Busse durch Elektro- oder Brenn- 678 stoffzellen fahrzeuge und einen korrespondierenden Ausbau der Ladein frastruktur.

679

#### 680 **c. Auto**

681 Um die Elektrifizierung des Verkehrs voranzutreiben, bedarf es schnellstmöglich der flä- 682 chendeckenden Einrichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Saarland. 683 Der Blick in andere Bundesländer, aber auch das Ausland, zeigt, dass wir hier bereits deutlich 684 weiter sein könnten.

Wir fordern daher, dass – bis auf begründete Ausnahmen – an jedem öffentlichen Gebäude 687 bis Ende des Jahres 2023 öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, egal 688 ob Autos, Roller oder E-Bikes, vorhanden sein müssen. Hierzu bedarf es weiterer finanzi-689 eller Unterstützung sowie einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch 690 Land und Bund. Ergänzt werden muss dies noch durch weitere Anreize für Privatpersonen 691 und Unternehmen, öffentlich zugängliche Elektroladestationen an ihren Gebäuden 692 bzw. auf den ihnen zur Verfügung stehenden Flächen (z. B. Parkplätzen) zu errichten.

694 Neben dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge be-695 nötigen wir ebenfalls den gezielten Ausbau der Wasserstoffladeinfrastruktur im Saarland.696 Hier fordern wir von der Landesregierung deutlich mehr Engagement als in der Vergangen- 697 heit, um die grundlegende Versorgung des Landes mit entsprechenden Tankstellen bis zum698 Ende des Jahres 2023 sicherzustellen und damit den zukünftigen Bedarf, allen voran der In-699 dustrie, abzudecken.

701 Auch in der Anschaffung von Firmen- und Dienstwägen soll es zu einem grundsätzlichen 702 Umdenken kommen, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Hierzu ist es wichtig, die 703 Anschaffung von batteriebetriebenen Dienstwägen noch stärker zu fördern und Unter-704 nehmen so zur Anschaffung einer elektrobetriebenen Flotte inklusive unternehmensei-705 genen Ladestationen zu bewegen. Auch sollte die Nutzung von Fahrgemeinschaften künf-706 tig finanziell unterstützt werden, beispielsweise durch die Geltendmachung einer Mitfah- 707 rerpauschale in der Steuererklärung. Ferner fordern wir eine Verbesserung der Infra- 708 strukturen bei Park-and-Ride-Parkplätzen und die Schaffung intelligenter, digitaler und 709 sicherer Lösungen zur Bildung von Fahrgemeinschaften.

711 Die Junge Union Saar fordert insbesondere die beiden Bereiche der neuen Antriebsmöglich-712 keiten (Wasserstoff und Elektromobilität) in unserem Land zu stärken. Wir fordern Investi- 713 tionen in eine gute Infrastruktur für Elektromobilität und Wasserstoff. Dies setzt Förderun- 714 gen und Investitionen an Unternehmen voraus, die auf neue Möglichkeiten, wie die Nut- 715 zung von Wasserstoff, setzen

# 719 **d. Flughafen**

Wir fordern ein zeitnahes Konzept, um die Zukunftsstellung des Ensheimer Flughafens in der Großregion auszuloten.

722

#### 723 e. Fahrrad

Des Weiteren sprechen wir uns für eine Stärkung des Radverkehrs im Saarland aus. Hierfür725 benötigen wir eine bessere Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel (Ganztägige726 und kostenfreie Mitnahme des Fahrrades in Bus und Bahn), den Ausbau und die Instand-727 haltung des Radwegenetzes auf dem Land und innerhalb der Städte, eine Verbesserung 728 der Anbindung der überregionalen Fahrradnetze an die Bahnhöfe, die Einrichtung über-729 dachter Haltestellen mit sicheren Fahrradstellplätzen und Ladestationen für E-Bikes so- 730 wie barrierefreie Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Bahnhöfen.

731

732 Die JU Saar fordert, dass mehr Angebote zur Anmietung von (E-)Fahrrädern in Innenstädten733 geschaffen werden, damit kostengünstige Alternativen für Kurzstrecken (z. B. von Halte- 734 stelle zu Haltestelle oder nach Hause) existieren. Des Weiteren spricht sich die Junge Union735 Saar für die Einrichtung sogenannter Fahrrad-Autobahnen aus. Diese können einen An-736 sporn bieten, auch mal das Rad statt dem Auto zu benutzen, da auf diesen Radwegen eine737 schnelle und sichere Fortbewegung sichergestellt werden kann.

738

# 739 **f.** zu Fuß

740 Um auch der saarländischen Bevölkerung das Zurücklegen von Strecken zu Fuß attraktiver 741 zu gestalten, ist eine gut ausgestatte Einrichtung von beleuchteten Fußgängerwegen zwi- 742 schen Ortschaften vonnöten.

743

744 Die Junge Union Saar fordert zusammenfassend einen attraktiven ÖPNV aus einem Guss.745 Hierbei sollen nicht Bahnangebote gegen solche des Busses ausgespielt werden – sondern:746 Wir brauchen ein gemeinsames, zukunftweisendes und nachhaltiges Konzept, bei dem Bus747 und Bahn im Zentrum stehen; ergänzt durch das Auto, dessen Nutzung zukünftig reduziert748 werden muss, in Kombination mit Rad- und Fußverkehr. Diese Aufgabe muss in einem neu 749 geschaffenen Nachhaltigkeitsministerium mit den Politikbereichen Umwelt, Energie und 750 Verkehr im Mittelpunkt aller Tätigkeiten liegen.

#### 752 IV. Digitalisierung

An der Bedeutung der Digitalisierung bestehen keine Zweifel mehr. Spätestens während der 754 Corona-Pandemie hat sich herauskristallisiert, dass das Thema Digitalisierung das drän- 755 gendste unserer Zeit ist, da es *alle* anderen Frage-/Problemstellungen tangiert. Es gibt in 756 unserer heutigen Welt kaum noch Bereiche, die dem Thema Digitalisierung entfliehen kön- 757 nen.

#### 759 **1. Einführung eines Digitalministeriums**

760 Die Junge Union Saar schätzt und befürwortet die von der Staatskanzlei ausgehenden Be-761 mühungen beim Thema Digitalisierung, fordert aber noch weitergehende Maßnahmen. Wir 762 wollen, dass diesem enorm wichtigen Thema auch in der politischen Landschaft der Platz763 eingeräumt wird, der ihm gebührt. Wir fordern die Einrichtung eines Digitalministeriums,764 welches sich sowohl um die lange überfällige Digitalisierung unserer Verwaltung als auch765 um die Digitalisierung unseres Landes hauptverantwortlich kümmert.

766

767 Darüber hinaus würde ein Digitalministerium die Bestrebungen des Saarlandes, sich als IT-768 Standort "Saarvalley" zu etablieren, deutlich unterstreichen. Insbesondere, da andere Län-769 der bereits in diesem Bereich Vorreiter sind und Ministerien für Digitalisierung eingeführt770 haben (z. B. Bayern, NRW, Hessen), sollte das Saarland hier nicht ins Hintertreffen geraten. 771

#### 772 **2. Netzausbau**

773 Was Breitbandausbau und mobilen Netzausbau – die Grundlage der Digitalisierung – an- 774 geht, herrscht im Saarland dringender Nachholbedarf. Durch die Anstrengungen der letz-775 ten Jahre zum Netzausbau sind inzwischen über 97% der saarländischen Haushalte mit min-776 destens 50Mbit/s versorgt, jedoch nur 85% mit mindestens 100Mbit/s. Lediglich 3% aller 777 saarländischen Haushalte sind aktuell direkt per Glasfaser ans Internet angeschlossen. 778 Damit ist das Saarland bundesweites Schlusslicht, wobei auch die Bundesrepublik mit 13,8%779 im Durchschnitt noch weit hinter dem EU-Durchschnitt (33,5%) zurückliegt.

780

Die aktuell zugrundeliegende technische Netzinfrastruktur (Telefonnetz aus Kupferkabeln) 782 ist trotz technischer Maßnahmen (Vectoring) in der Geschwindigkeit bereits ausgeschöpft783 und für eine zukunftsfähige Internetversorgung in den nächsten Dekaden ungeeignet.

784 Deshalb fordern wir schnellstmöglich und flächendeckend den saarlandweiten Ausbau 785 von Glasfaseranschlüssen bis zum Haus, die eine Datenübertragung von mindestens 1 786 Gbit/s ermöglichen.

787

788 Der Mobilfunkbereich wurde im Saarland im vergangenen Jahrzehnt bereits recht erfolg- 789 reich ausgebaut; viele Funklöcher wurden geschlossen und schlecht versorgte Gebiete mit 790 einem modernen mobilen Netz ausgestattet. Leider gibt es besonders im ländlichen Raum 791 weiterhin schwarze Flecken. Mit der Abschaltung des 3G-Netzes dürfte sich das Problem 792 zumindest teilweise verschärfen. Deshalb fordern wir, die neu entstehenden Lücken 793 schnellstmöglich zu schließen, und auch den Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G 794 – insbesondere auch in ländlichen Regionen – zügig voranzutreiben.

795

796

#### 3. Digitales Rathaus

797 Für die digitale Verwaltung in der heutigen Zeit hat die Junge Union eine klare Vision: Wir798 wollen eine moderne Verwaltung, die (nahezu) gänzlich digitalisiert ist. Wir wünschen uns799 für ganz Deutschland die Einführung eines digital nutzbaren Ausweises unter Nutzung 800 der Steuer-Identifikationsnummer als eindeutiger digitaler Kennung, welche es möglich 801 macht, alle Behördengänge bundesweit einheitlich zu erledigen.

802

803 Für das Saarland bedeutet das aber keinesfalls, dass wir darauf warten dürfen, bis derartige804 Möglichkeiten vom Bund bereitgestellt werden. Wir fordern vielmehr, dass das Saarland805 hier als Pionier vorangeht. Während ein digitaler Ausweis natürlich nicht im Alleingang 806 möglich ist, gibt es zahlreiche Maßnahmen, welche auf Landesebene angestoßen werden 807 können und womit das Saarland Vorbildfunktion übernehmen kann.

808

809 Darüber hinaus sehen wir in einer gelungenen Digitalisierung der Verwaltung einen weite-810 ren wichtigen Aspekt: Nur, wenn das Land als Vorbild im Bereich Digitalisierung vorangeht, 811 kann auch erwartet werden, dass die Privatwirtschaft entsprechend folgt. Wir fordern von812 der Politik und der öffentlichen Verwaltung eine Vorbildfunktion im Bereich der Digitali-813 sierung, um unserem Anspruch als "Saarvalley" gerecht zu werden.

814

815

#### 817 a. Bürokratieabbau

818 Die Digitalisierung in der saarländischen kommunalen Verwaltung beschränkt sich momen-819 tan (wenn überhaupt vorhanden) vornehmlich darauf, Prozesse, welche zuvor manuell be-820 arbeitet worden sind, digital in exakt der gleichen Art und Weise zu bearbeiten. Zum Teil ist821 es paradox: Während Anträge digital gestellt werden können, müssen diese auf Seite der 822 Verwaltung weiterhin manuell behandelt werden. Digitalisierung bedeutet aber *nicht*,823 frühere Prozesse in gleicher Weise beizubehalten und mit dem Computer zu bearbeiten,824 sondern Prozesse schlanker, einfacher und automatisiert durchzuführen.

825

826 So kann eine Gewerbeanmeldung bspw. in Saarbrücken digital durchgeführt werden. Die 827 Bearbeitung erfolgt jedoch in gleicher Weise wie bisher und der Gewerbeschein wird posta-828 lisch zugestellt. Wieso wird der Antrag nicht automatisiert vorgeprüft und die Anmeldung829 des Gewerbes im Regelfall noch am gleichen Tag per E-Mail bestätigt? Unregelmäßigkeiten,830 welche ebenfalls automatisiert erkannt werden sollten, oder komplexe Anträge von großen 831 Unternehmen, könnten immer noch manuell nachgeprüft bzw. bearbeitet werden. Neben832 der Anpassung der Prozesse muss dann auch die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter 833 vorangetrieben und die entsprechenden technischen Voraussetzungen erfüllt werden.

834

- Darüber hinaus müssen aber auch die Bedürfnisse der Bürger bei einer solchen Modernisie-836 rung beachtet werden. Es ist zwingend erforderlich, **Prozesse so zu gestalten, dass sie ver**-837 **ständlich und einfach zugänglich** sind. Bei allen Behördengängen soll nur **ein einheitliches** 838 **Autorisierungsverfahren** Anwendung finden. Aber auch andere Hürden, die sich einem bei 839 der Antragstellung entgegenstellen, müssen abgebaut werden.
- Die zwingend notwendige Überarbeitung des Portals www.buergerdienste-saar.de stellt dabei aber nur eine vorübergehende Lösung dar.

842

843

#### b. Services als Plattform

- Wir fordern eine **Plattform, die dem Teilhabeanspruch der Bürger ebenso gerecht wird,**
- wie deren Informationsanspruch.
- Der allen Bürgern zustehende Teilhabeanspruch an öffentlichen Leistungen kann durch 847 diese umfassend in Anspruch genommen werden, wenn der Informationsfluss gewährleistet 848 ist. Hierzu kann die Digitalisierung einen Beitrag leisten, indem Zugänglichkeit, Standardi-849 sierung und Barrierefreiheit geschaffen und ausgebaut werden. Abweichende

Außenrepräsentationen von Behörden und unterschiedliche Formulare – auch innerhalb ei- 851 ner Behörde – erschweren Bürgern die Inanspruchnahme von Rechten und Mitteln. Wir for-852 dern die Schaffung einer landesweiten Plattform einschließlich entsprechender 853 "Pflege".

854

855 Dort sollen Formulare jedweder Art in einheitlicher und barrierefreier Form so bereitge-856 stellt werden, dass Bürger, unabhängig davon, ob Sie selbst als Private oder als Anbieter –857 insb. sozialer Projekte – auftreten, auf diese möglichst intuitiv zugreifen können. Es muss858 eine transparente Struktur geschaffen werden, anhand derer insb. Bürger mit sozialen Be-859 nachteiligungen (Sozialhilfeberechtigte, beeinträchtigte Personen etc.) nachvollziehen kön-860 nen, welche Ansprüche ihnen zustehen und wie Sie diese in Anspruch nehmen können. Glei-861 ches muss selbstverständlich auch für andere Bevölkerungsgruppen, wie Eltern, Rentner 862 u.s.w. gelten.

863

864 Mittels technischer Verknüpfungen muss das "Einmalprinzip" ermöglicht, also die mehrfa-865 che Beantragung an unterschiedlichen Stellen überflüssig, werden. Auch der Informations-866 anspruch der Bürger soll gestärkt werden, indem eine einheitliche und transparente, digi-867 tale und öffentlichkeitswirksame Veröffentlichung staatlicher Projekte sowie Projektpla- 868 nungenund Fortschritte und die Möglichkeit zur konstruktiven Stellungnahme hierzu statt-869 findet.

870

#### c. Technische Ausstattung & Schulung aller Mitarbeiter

Pie Idee eines digitalen Rathauses ist maßgeblich von der technischen Ausstattung und der 873 Kompetenz der Mitarbeiter abhängig. Unser Anliegen ist daher die Etablierung geeigneter 874 Schulungsmöglichkeiten für Mitarbeiter aller Hierarchiestufen und Kompetenzniveaus. 875 Um die Akzeptanz der Mitarbeiter und die Verbindlichkeit zu den digitalen Systemen zu 876 fördern, sprechen wir uns dafür aus, bereits bei Projektierungen und in den Projektphasen 877 Mitarbeiter zu beteiligen und gemeinsam eine passende digitale Lösung und Prozessab-878 bildungen zu generieren.

879

880 Um der Digitalisierung Rechnung zu tragen und alle Potenziale auszuschöpfen, ist auf die 881 Auswahl solider und zeitgemäßer Technologien und EDV-Systeme maßgeblich zu achten. 882 Die Vorstellung eines digitalen Rathauses besticht durch Vereinfachung und Verschlankung

von Prozessen durch ein (nahezu) papierloses System mit redundanten Sicherungen, die Mehrfachdatenerfassungen und -haltung überflüssig machen.

885 Mit Einführung der Systeme soll die verpflichtende Nutzung von digitalen Lösungen und 886 Konzepten zur transparenten und behördenübergreifenden Bearbeitung bereitstehen 887 und alternative Ströme (weitere Bearbeitung von Papierdokumenten) sollen ausgeschlos-888 sen werden.

889

890

#### d. Technische Ausstattung als Grundlage moderner Ratsarbeit

891 In vielen Gemeinden gibt es sie schon, in einigen aber noch nicht – **Tablets für Ratsmitglie**-892 **der**. Sie bilden, gemeinsam mit einem Ratsinformationssystem, die Grundlage gelungener 893 moderner Ratsarbeit, ohne stapelweise ausgedruckte Sitzungsvorlagen. Viele dieser Sys- 894 teme sind jedoch unübersichtlich und nicht benutzerfreundlich. Ein einheitliches System auf 895 Landesebene, das den Bedürfnissen der Ratsmitglieder gerecht wird, ist unserer Ansicht 896 nach dringend notwendig. Doch mit der Bereitstellung von Geräten und einer Plattform ist 897 es nicht getan.

898

Für uns gehört noch einiges mehr dazu, insbesondere ein digitales Protokollarchiv, und 900 zwar nicht nur für Sitzungen, deren Protokoll nach der Einführung des Informationssystems 901 ohnehin digital zur Verfügung gestellt wird, sondern auch rückwirkend. Viele Entscheidun-902 gen, die getroffen werden müssen, haben ihren Ursprung in früheren Entscheidungen, die 903 für neue Ratsmitglieder nicht immer nachvollziehbar sind. Um einen verantwortungsbe- 904 wussten Umgang mit den zu treffenden Entscheidungen gewährleisten zu können, gehört 905 ein digitales Protokollarchiv daher zu den Grundlagen verständiger, informierter Ratsarbeit. 906 Hinzu kommt eine umfassende Bereitstellung von Bebauungsplänen, Flächennutzungs-907 plänen u. Ä., was auch nicht in allen Gemeinden der Fall ist.

908

# 909 e. Digitale Ratsarbeit

Ein hervorzuhebender Punkt ist die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger, speziell 911 bei der jungen Generation. Diese basiert jedenfalls teilweise darauf, dass auf politischer 912 Ebene Entscheidungen getroffen werden, die für politisch nicht aktive Bürger nicht nach- 913 vollziehbar sind. Eine tragende Rolle spielt hierbei die fehlende Information über die öffent-914 liche Zugänglichkeit der Sitzungen sowie die – insb. für Berufstätige unpraktische – Not-915 wendigkeit der persönlichen Präsenz. Um dem entgegenzuwirken ist eine **verpflichtende** 

916 Übertragung von Sitzungen per Livestream ein einfaches, kostengünstiges und sinnvolles917 Mittel, um mehr Transparenz und daraus folgend eine größere Akzeptanz für politische Ent-918 scheidungen zu schaffen.

919

Sich in seiner Heimatgemeinde zu engagieren ist für viele junge Menschen ein wichtiges 921 Anliegen. Sich politisch zu engagieren ist allerdings immer dann schwierig, wenn man auf-922 grund von Ausbildung oder Studium für absehbare Zeit in eine andere Stadt ziehen muss,923 beruflich viel unterwegs ist oder familiäre Verpflichtungen bewerkstelligt werden müssen. 924 Der Erstwohnsitz ist dabei zwar meist in der Heimatgemeinde, politisches Engagement wird925 allerdings in Bezug auf Ratsarbeit schwierig, da Sitzungstermine, die werktags stattfinden, 926 nicht wahrgenommen werden können. Wir sprechen uns klar gegen rein digitale Ratssitzun-927 gen aus, fordern aber die Möglichkeit zu schaffen, dass Ratssitzungen in hybrider Form 928 stattfinden. Hierbei soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu Ratssitzungen digital 929 hinzuschalten zu können, um aktiv das Leben in seiner Heimatgemeinde mitgestalten zu 930 können.

931

#### 932 f. Datensicherheit

Datensicherheit und Transparenz der Datennutzung. Wir fordern die Einführung des 935 "Einmalprinzips", also die singuläre Speicherung von Daten. Es muss klar zugeordnet wer-936 den, welche Daten bei welcher Behörde gespeichert sind. Bei der Nutzung der Daten können 937 dann automatisierte Abfragen am jeweiligen Speicherort über die eindeutige ID vorgenom-938 men werden. Darüber hinaus stellt das Einmalprinzip eine besondere Art der Datensicher-939 heit dar: selbst wenn einzelne Behörden Opfer von Datenklau werden würden, so wären nur940 Teile und nicht die Gesamtheit der Daten einer Person gestohlen und insbesondere in der941 Mehrheit der Fälle keine Zuordnung von Daten auf Person möglich.

942

Diese Art der Datenverwaltung orientiert sich am Vorbild Estland. Nicht nur wird den Bür- 944 gern damit transparent vermittelt, wo die jeweiligen Daten gespeichert sind, sondern es bie-945 tet durch einsehbare Log-Einträge zusätzlich Sicherheit gegen unbefugte Zugriffe und Da- 946 tenmissbrauch. Während im aktuellen, analogen Zustand nicht nur Daten ineffizient mehr-947 fach gespeichert werden und es absolut undurchsichtig ist, wer sich im Rathaus welche Da-948 ten angeschaut hat, wird demgegenüber durch Einmalprinzip und Datentransparenz

949 Datensicherheit gewährleistet. Jedem/r Bürger muss die Möglichkeit gegeben werden Be-950 schwerde einzureichen, sofern der Verdacht des unbefugten Datenmissbrauchs besteht. 951 Zwecks Nachprüfbarkeit muss jedem/r Bürger ein Anspruch zustehen, in regelmäßigem 952 Turnus zu überprüfen, welche Behörden wann auf welche Daten zugegriffen hat.

953

954 Die Junge Union Saar fordert die Konzipierung dieser digitalen Datenverwahrung unter 955 Einbeziehung einschlägiger Experten, wie z. B. des CISPA. Dabei ist auch zu beachten, 956 dass es regelmäßige, nicht im Alltag zugreifbare Back-ups geben muss, die im Idealfall auf 957 Servern außerhalb der Bundesrepublik verschlüsselt in sicheren EU-Drittstaaten verwahrt 958 werden.

959

960

#### 4. Datenschutz – Aufklärung und Prävention

961 Während für Schüler in Form von Workshops Aufklärungsarbeit geleistet wird, fehlt es im962 Übrigen an ausreichender Aufklärung und Sensibilisierung. Lehrkräften müssen klare Nut-963 zungsbedingungen bzgl. altersgerechter Mediennutzung bereitgestellt werden, damit 964 nicht in datenschutzwidriger Weise von bereitgestellten Plattformen abgewichen wird. Es965 müssen staatliche Mittel zur Stärkung der Fachkompetenz auf Lehrerseite (Ausbau von Fort- 966 bildungsprogrammen, pädagogische Tage) und Elternseite (Elternabende) bereitgestellt 967 werden.

968

Das Saarland sollte es sich zur Aufgabe machen, nicht nur was technischen Fortschritt, son- 970 dern auch was mediale Kompetenz und effektive Regulierung angeht eine Vorreiterposition 971 einzunehmen. Dass es hier an Aufklärung fehlt, zeigt – trotz Grundrechtsbezugs – einerseits 972 die Ablehnung staatlicher, als sicher eingestufter Angebote (z. B. Corona-Warn-App), ande- 973 rerseits, dass undurchsichtige, überbürokratisierte privatrechtliche Richtlinien "blind" ak-974 zeptiert werden.

975

976 Während der Datenschutz in bundesweiten Medien regelmäßig durch Bußgelder auf sich 977 aufmerksam macht, macht es sich das Unabhängige Datenschutzzentrum des Saarlandes 978 explizit zur Aufgabe, präventiv tätig zu werden und unterstützt durch konkrete Vorgaben 979 und Anleitungen u. A. mit der EU-DSGVO überforderte Vereine. Da im Saarland nur 21 Mit-980 arbeiter für das gesamte Tätigkeitsfeld zu Verfügung stehen (selbst Bremen hat trotz feh-981 lender Kommunen 27), verbleiben neben der Aufsichtsarbeit kaum Ressourcen für

präventive Angebote. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit könnte, z. B. in Form einer "Tour durch die Landkreise" (Sensibilisierung bzgl. Datenabfragen, onlinebasierten Betrugs-Maschen etc.) stattfinden.

#### 5. Zentrales Förderwerk

Das CISPA in Saarbrücken ist im Jahr 2020 zur weltweit führenden Forschungseinrichtung im Bereich der Cybersicherheit gewählt worden – eine herausragende Auszeichnung für unser kleines Bundesland. Es gilt daran anzuknüpfen und die dadurch geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen, indem man den Ausbau und die Finanzierung der künstlichen Intelligenz und der Informatik vorantreibt und Start-ups aus der ganzen Welt, ohne großen bürokratischen Aufwand, rund um die Universität des Saarlandes ansiedelt. Ziel sollte ein "Saarvalley" als weltweites Aushängeschild werden.

Beim Thema Zukunft des Saarlandes als bedeutender IT-Standort ("Saarvalley") stellt das Thema Start-ups & Neugründungen einen wesentlichen Baustein dar. Es gibt zahlreiche Player im Saarland, welche Start-ups im technologischen Bereich fördern und in der Förderphase begleiten (u. A.: saaris, KWT / WuT, IT Inkubator, Fase I 5, Startup House, ...). Die schiere Zahl der Organisationen, die sich in diesem Bereich beteiligen, stellt sowohl die Bedeutung dieses Sektors für das Saarland und die Stärke der saarländischen IT-Wirtschaft heraus, stellt aber zugleich eine der größten Herausforderungen beim Thema Neugründungen dar: Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht! Nicht nur, dass es für (angehende) Gründer nahezu unmöglich ist, hier den Überblick zu behalten und zu entscheiden, welche Organisation für das eigene Vorhaben die Beste ist, auch die Anforderungen und organisatorischen Abläufe sind gänzlich verschieden.

Die Junge Union Saar begrüßt daher das Vorgehen der Landesregierung, all diese Player in einer Dachgesellschaft zusammenzufassen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht weit genug geht: Wir fordern, zumindest alle staatlichen Organisationen zusammen zu fassen. Wir sehen darin folgende Vorteile:

- 1. Bessere Übersichtlichkeit über die bestehenden Möglichkeiten für Gründer,
- 2. Einheitliche Anforderungen und Organisation,
- Schlankere, zusammengefasste Verwaltung und damit weniger nötige Kosten für die Verwaltung und

4. Ein einheitliches Konzept zur Förderung von Unternehmensgründungen.

Im Schritt dieser Vereinheitlichung empfinden wir es als unglaublich wichtig, dass für Unternehmen, welche bereits erste Schritte mit geringem Kapital gegangen sind und ihre prinzipielle Marktfähigkeit bewiesen haben, **Venture Kapital zur Verfügung gestellt wird**. Damit erhoffen wir uns, aussichtsreichen Unternehmen mit Wachstumspotenzial zu zügiger Expansion verhelfen zu können und so national & global Player im Saarland zu verankern.

# 6. Anlaufstelle für Unternehmen zur Digitalisierungsberatung

Aktuell haben insbesondere kleinere und mittelständische Betriebe mit der Problematik zu kämpfen, dass finanzielle Anreizsysteme (z. B. DigitalStarter Saarland) für die Einführung digitaler Lösungen zu eindimensional sind und nicht den Kern des Problems erfassen.

Unserer Meinung nach ist die finanzielle Förderung von Maßnahmen nur in Kombination mit einer kostenfreien, professionellen und staatlich organisierten zentralen Digitalisierungsberatung sinnvoll.

Ziel der Maßnahmen muss es sein, ein grundlegendes Verständnis für digitale Prozesse und Lösungen zu etablieren und die Maßnahmen zielgerichtet auf das jeweilige Unternehmen und dessen Prozessabläufe abzustimmen. Hierfür sollen kostenfreie Beratungen und Präsenzbegehungen für KMU angeboten werden, die zu disruptiven und konstruktiven Geschäftsmodellbewertungen anregen und mögliche Lösungen aufzeigen sollen. Eine weiterführende Verzahnung zum Dachförderwerk ist nach Meinung der Jungen Union Saar sinnvoll, um Start-ups und KMU zusammenzubringen und u.U. Synergien zu generieren. Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für die Durchführung von Reverse-Pitch-Events aus, die durch die Anlaufstelle zur Digitalisierungsberatung, organisiert und moderiert werden.

# 7. Besondere Förderung von Wissenstransfers der Hochschulen in die Industrie Insbesondere im Bereich *Informatik* ist im Saarland exzellente Forschung angesiedelt. Mit dem DFKI und dem schon zuvor erwähnten CISPA haben auch renommierte Forschungsinstitute ihren Sitz im Saarland. Damit die Industrie und das Saarland entsprechend profitieren reicht es allerdings nicht, die exzellente Forschung an der Universität zu belassen! Diese muss in die saarländische Privatwirtschaft hineingetragen werden.

Im Rahmen der Dachgesellschaft/der geforderten Vereinigung der Organisationen der Start-up Förderung fordert die Junge Union Saar daher, insbesondere Unternehmen, welche einen solchen Wissenstransfer leisten, nicht nur vereinfacht, sondern auch in besonderem Maße zu fördern.

Um eine solche Förderung unkompliziert ins Leben rufen zu können sollten auch vermehrt saarländische Kooperationsprogramme mit Lehrstühlen & Unternehmen auf den Weg gebracht werden. Diese sollen sich insbesondere an Masterstudenten oder Doktoranden in der Endphase ihres Studiums richten & unkompliziert die Möglichkeit geben, einen lückenlosen Übergang von Forschung in Wirtschaft zu ermöglichen.

#### 8. Smart City

Die Daseinsvorsorge stellt eine wichtige Dimension der lokalen Lebensqualität dar. Der ländliche Raum ist zunehmend geprägt von demografischem Wandel, Bevölkerungsrückgang und einer damit einhergehenden Strukturschwäche. Erschwert durch jahrzehntelange wirtschaftliche Abwanderung, ist eine Grundversorgung im ländlichen Raum teils nicht mehr gewährleistet. Mangels wirtschaftlicher Anreize durch die Kommunen oder der Kaufkraft in den Orten, lohnt es sich für kleine Unternehmen oft nicht, sich im ländlichen Raum zu halten bzw. anzusiedeln; gleichzeitig fehlt die Finanzausstattung auf Seiten der Kommunen, eine Förderung einzurichten. Gemeinsam können Konzepte entwickelt werden, deren marktwirtschaftliche Umsetzung – unterstützt durch neue Technologien – in der Verantwortung der Unternehmen liegt, um langfristig eine Versorgung auch kleinerer Dörfer zu ermöglichen.

Um eine effektive Grundversorgung auch im ländlichen Raum gewährleisten zu können, müssen insbesondere Läden des täglichen Bedarfs oder kleinere lokale Dienstleistungsbetriebe unterstützt und in einem Konzept zusammengeführt werden. Wir fordern, die ländliche Strukturentwicklung kritisch zu hinterfragen und Ressourcen bereitzustellen, mittels derer nachhaltige digitale (Versorgungs-)Systeme geschaffen und im Sinne einer gemeinschaftlichen Lösung ausgebaut werden können. Denn durch digitale Systeme können verschiedene Facetten der wohnortnahen Grundversorgung sichergestellt werden.

Neben einem überkommunalen Wissensaustausch bzw. der Kollaboration, soll über die bereitzustellenden Ressourcen eine digitale Plattform aufgebaut/ ausgebaut werden, mit dem Ziel ein ausgewogenes Mittel zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen. Ziel für alle Bürger soll es sein, barrierefrei und direkt einen Zugriff zu Leistungen (Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen) zu erlangen. Bestandteil der Forderung ist ebenso der gebündelte smarte und CO2-effiziente Weg der Lieferkette bzw. der Empfang der Ware an einem zentralen Ort, um die soziale Gemeinschaft zu stärken und dem Dorfleben eine neue Mitte zu geben.

#### V. Umwelt, ländlicher Raum und Energie

#### 1. Klimaneutrales Saarland 2040

Wir fordern, dass das Saarland die Chancen, die sich durch den Wandel in der Industrie und auch bei der Energiegewinnung ergeben, nutzt. Hierzuzählt vor allem auch die Schaffung neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Wir wollen die ökologische Wende unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte vollziehen. Wir wollen das Klima schützen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht nur erhalten, sondern auch mehren. Unter all diesen Gesichtspunkten fordern wir ein klimaneutrales und wirtschaftlich attraktives Saarland im Jahre 2040.

Um Europa, Deutschland und damit auch das Saarland klimaneutral umzugestalten, führt kein Weg an dem Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbei. Hierzu wollen wir, dass der Anteil von Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch im Saarland bis zum Jahre 2040 100% betragen wird.

#### 2. Ausbau der Erneuerbaren Energien

Als Technologien mit dem größten Potential für das Saarland sehen wir die Photovoltaik in Form von Dach- und Freiflächenanlagen, explizit auch die Agro-Photovoltaik, sowie die Windkraft an. Um den Ausbau angemessen wie auch ambitioniert voranzutreiben, sind Rahmenbedingungen auf Bundesebene durch landesspezifische Regelungen zu ergänzen.

Wir setzen uns daher für eine Verdopplung des bundesweiten Ausbauziels für Photovoltaikanlagen auf rund 10 GW pro Jahr ein. Dies würde sich unmittelbar positiv auf den

Zubau im Saarland auswirken. Nur mit einem ambitionierten Ausbau wird die junge Generation in einer ihr gerechten, sauberen Energieversorgung aufwachsen.

Mit Wirkung zum Jahr 2023 wollen wir eine Solarpflicht für alle Neubauten in der Landesbauordnung festzuschreiben lassen. Dies soll für alle öffentlichen, sowie gewerblichen und private Gebäude gelten und durch die Zurverfügungstellung entsprechender Subventionen sozialverträglich gestaltet werden. Die Pflicht zur Errichtung einer Anlage soll dort entfallen, wo sich eine Anlage aus wirtschaftlichen Gründen (z. B. nur kleine Anlage möglich oder schattige Lage) nicht rechnet. Die Mindestanlagenleistung ist anhand des Stromverbrauches sowie des wirtschaftlichen Aufwands zu berechnen.

#### 3. Abschaffung Umlage und Bürokratie

Um das Potential erneuerbarer Energieerzeugung stärker nutzen zu können, müssen dringend bürokratische Hemmnisse und Umlagen reduziert werden. Die Junge Union fordert, dass der Eigenverbrauch von Solarstrom nicht weiter mit Umlagen belastet wird, dazu soll eine entsprechende Initiative im Bundesrat eingebracht werde. Die aktuelle Erhebung einer Umlage auf selbst verbrauchten Strom nach dem EEG hemmt den Ausbau der Erneuerbaren Energien und ist daher abzuschaffen. Dies gilt ebenso für jede Form der Speicherung wie Lithium-Ionen-Speicher oder Power-to-X Verfahren sowie für die Stromlieferung an Dritte. Explizit ist hier auch die Wasserstoffproduktion zu erwähnen, die von der EEG-Umlage befreit sein muss. Nur durch die Entlastung von Abgaben kann diese Technik schnell vorangebracht werden.

#### 4. Beteiligungsmöglichkeiten

Darüber hinaus sehen wir in der Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit von Bürgern einen notwendigen Schritt, um die Akzeptanz vor Ort zu stärken. Bürger und Kommunen müssen finanziell stärker an den Gewinnen der Windkraftanlagen bei ihnen vor Ort beteiligt werden. Ein wichtiger Baustein hierzu sind Bürgerenergiegenossenschaften, deren Einbindung in Projekte wünschenswert ist.

#### 5. Industrie

Die Stahlproduktion trägt mit einem erheblichen Anteil am saarländischen CO2-Ausstoß bei. Dabei gibt es hier große Ansatzmöglichkeiten, diesen zu reduzieren. Das Saarland muss

beim Thema klimafreundlicher Stahl europäischer Vorreiter werden. Durch die neuen innovativen Hochöfen, welche mit Hilfe von Wasserstoff betrieben werden, werden die CO2-Werte künftig spürbar sinken.

Daher fordert die Junge Union, die Idee des Elektrostahlofens zu prüfen und diese umzusetzen. Die dafür notwendigen rund I Mrd. Euro Investitionsmittel sollen durch entsprechende Fördermaßnahmen des Bundes kompensiert werde. Solche Investitionen in die Zukunft müssen auch langfristig wirtschaftlich rentabel sein. Damit der Wettbewerb gerade in der weltweiten Stahlbranche fair bleibt, muss hier europäisch gehandelt werden. Die Einführung eines europäische Klimaschutz-Zolls ist unausweichlich, damit der europäische Markt nicht von billigem, klimaschädlich produziertem Stahl überschwemmt wird. Daher fordert die Junge Union Saar die Landesregierung dazu auf, sich auf europäische Ebene weiter für die Einführung einer CO2 -Grenzabgabe auf Stahlimporte einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit von saarländischem grünem Stahl sicherzustellen.

Die Stahlindustrie prägt die DNA vieler Saarländer und hat daher ein besonderes Augenmerk verdient. Gerade in der Stahlindustrie steht "Made in Saarland" für höchste Qualität. Zusätzlich soll es aus unserer Sicht zukünftig auch das Siegel für eine besonders nachhaltige Produktion sein. Wasserstoff liefert dann einen Beitrag zur nachhaltigen Stromerzeugung, wenn er grün ist. D. h. er muss mit Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt worden sein. Da grüner Wasserstoff nicht im Überfluss vorhanden sein wird, ist ein gezielter Einsatz notwendig. Dort, wo die hohe Energiedichte eines flüssigen Brennstoffes nicht benötigt wird, sollten effizientere Lösungen (Li-lonen Batterien) zum Einsatz zu kommen, bspw. im Individualverkehr, im Nahverkehr, zu netzdienlichen Zwecken und zur Eigenverbrauchsoptimierung. Wir brauchen Wasserstoff vor allem auch dort, wo sehr hohe Strommengen gefragt sind, d. h. in der Industrie und im Fernverkehr.

Daher fordert die Junge Union Saar, Investitionen für Forschung und Entwicklung vor allem in den Bereichen Industrie und Fernverkehr zu tätigen und nicht im Bereich des Individualverkehrs. Neben der Forschung setzt die Junge Union auf den Ausbau eines Wasserstoffnetzes für Industrieunternehmen.

#### 6. Schule

Die Kompetenzvermittlung im Bereich "Nachhaltige Entwicklung" muss ein signifikanter Bestandteil in der Schulbildung von Kindern und Jugendlichen sein. Es ist wichtig, ein ausgeprägtes nachhaltiges Wissen zu erlangen, um bereits im frühestens Alter auf die Bedeutung der Umwelt und ihren Schutz aufmerksam zu machen und die späteren Ingenieure zu befeuern, die in Deutschland die Technologien der Zukunft zu entwickeln. Daher fordert die Junge Union, das Projekt "Schule der Nachhaltigkeit", welches die Landesregierung im letzten Koalitionsvertrag beschlossen hat, auszubauen und zukunftsweisend auch auf andere Bereiche wie KiTas und Universitäten auszudehnen.

#### 7. Wald- und Forstwirtschaft

Der Wald eine wichtige Kohlenstoffsenke, jedoch befinden sich unsere Wälder in den letzten Jahren durch Stürme, Dürren und Schädlingsbefall in einer Krise. Auch die Folgen des Klimawandels stellen Gefahren für unseren Wald da. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass unser Wald zukunftsfähig bleibt, die Folgen des Klimawandels übersteht und weiterhin als Kohlenstoffsenke agiert. Dazu benötigt es Experten, die sich mit dem Wald vor Ort auseinandersetzen, um Ideen zu entwickeln, wie man unseren Wald der Zukunft aufbaut. Wichtig ist dabei insbesondere, dass die öffentliche Hand als Vorbild auftritt. Es ist nötig, dass die Leistung des Waldes vergütet wird, wodurch Waldbesitzer und Forstbetriebe bei ihrer Aufgabe der Waldschutz-, Aufarbeitungs- und Wiederaufforstungsarbeiten entlastet werden.

Chancen für den Klimaschutz ergeben sich aber auch durch die Nutzung von nachhaltig erzeugtem Holz. Durch die Verarbeitung von Holz zu langlebigen Produkten, kann man den enthaltenen Kohlenstoff längerfristig speichern. Die Nutzung von Holz als Baumaterial bietet somit eine Alternative zu anderen, umweltschädlichen Baumaterialien.

#### Deshalb fordert die Junge Union Saar:

 Die Gründung einer forstlichen Versuchsanstalt im Saarland, welche praxisnahe forstliche Forschung vor Ort betreibt, sowie Waldbesitzer, Forstbetriebe, Verwaltung und die Politik berät.

1211 2. Eine Holzbauquote bei Bauaufträgen auf Kommunaler- und Landesebene.

3. Die Förderung des Holzbaus aus nachhaltig erzeugtem klimafreundlichem Holz.

### 8. Ökologische Landwirtschaft

Ein zentraler Treiber der CO2-Emissionen ist unsere Ernährung. Großen Anteil daran hat die industrielle Tierhaltung. Ein Grund der schlechten CO2-Bilanz von Fleisch ist Soja. Problematisch ist, dass Soja überwiegend aus Übersee importiert werden muss und für deren Produktion Monokulturen angelegt werden, welche von großem Nachtteil für die Vegetation vor Ort und das Klima sind. Es gibt deutsches und europäisches Soja, jedoch entspricht dieses bei weitem noch nicht unserem Bedarf. Seit 2016 fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Erforschung von alternativen heimischen Eiweißpflanzen. Deshalb fordert die Junge Union Saar, die weitere finanzielle Förderung der Erforschung alternativer Eiweißpflanzen aber auch die Subvention von nachhaltigem deutschen Soja-Anbau.

Hierdurch kann die Konkurrenzfähigkeit des in Deutschland produzierten Soja erhöht und damit die Emissionen bei der Produktion und dem Transport, von ausländischem Soja gesenkt werden. Aus unserer Sicht muss darüber hinaus die gesamte Produktion von tierischen Produkten und landwirtschaftlichen Gütern überdacht werden. Der Fokus sollte dabei auf einen bewussteren Konsum aus regionaler und ökologischer Erzeugung gelegt werden. Dadurch könnten weite Transportwege verhindert, das Tierwohl verbessert, sowie auf schädliche Futtermittel und chemische Düngemittel verzichtet werden.

Auch hier sollte die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen und bspw. das Angebot von ökologischen und regionalen Produkten in den saarländischen Schul- und Hochschulmensen nach dem Vorbild der Mensa der Universität des Saarlandes stärker fördern. Wir fordern weiter, nachhaltige Lebensmittel insgesamt stärker zu subventionieren und Subventionen für konventionelle Erzeugnisse zu verringern. Dadurch würden der ökologische Landbau und eine nachhaltige Tierhaltung wesentlich attraktiver werden. Deshalb wird die saarländische Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur stärkeren Subventionierung ökologischer Landwirtschaftsbetriebe vorzulegen und auf Bundesebene auf

eine Veränderung der Subventionsvergabe im Bund sowie in der europäischen Union hinzuwirken.

Des Weiteren fordern wir auch die Bundesregierung dazu auf, sich bei der Verteilung der EU-Agrarsubventionen für eine stärkere Ausrichtung hin zu einer ökologischen Landwirtschaft stark zu machen.

#### 9. Tierwohl & Artenschutz

Neben den Umweltaspekten liegt auch das Tierwohl am Herzen. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Druck auf ein verbindliches Tierwohllabel bei der europäischen Union zu erhöhen. Analog hierzu setzen wir uns für eine Tierwohlabgabe ein, wie sie vom Bundesrat vor kurzem vorgeschlagen wurde. Hierbei sollte aber auf keinen Fall eine pauschale Abgabe auf Fleisch und Milchprodukte erfolgen, sondern nur Produkte mit schlechten Haltungsformen mit einer Abgabe belegt werden.

Dadurch werden tierische Produkte aus schlechten Haltungsformen teurer und bessere Haltungsarten wirtschaftlich attraktiver. Die Einteilung könnte in 4 Stufen erfolgen, wie es aktuell auf freiwilliger Basis mit dem Haltungsformsiegel bereits praktiziert wird. Die ersten beiden Stufen Stallhaltung und Stallhaltung plus könnten mit einer Abgabe sanktioniert werden. Mit der Abgabe sollen dann gezielt Betriebe bei der Verbesserung ihrer Haltungsbedingungen unterstützt werden. Für die genaue Einteilung sollte aber das von uns geforderte Tierwohllabel genutzt werden.

Den Einsatz der meisten Wildtieren im Zirkus halten wir ebenfalls für nicht mehr zeitgemäß. Die Landesregierung soll daher das vom Bundeslandwirtschaftsministerium geplante Wildtierverbot in Wanderzirkussen, welches jedoch zahlreiche Arten außenvor lässt, um Großkaten, Robben, Kängurus, Reptilien, Laufvögeln sowie Antilopen und Zebras erweitern. Ein weiteres gesamtgesellschaftliches Problem ist die immense Verschwendung von Lebensmitteln.

Vor diesem Hintergrund fordern wir, die Lebensmittelverschwendung nach französischem Vorbild unter Strafe zu stellen. Supermärkte ab einer Größe von 400 Quadratmeter sollen verpflichtet werden, Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, aber noch

genießbar sind, entweder auf einer ausgewiesenen Fläche im Supermarkt zur kostenlosen Mitnahme anzubieten oder an soziale Einrichtungen zu spenden. Erst nach einer vorgeschriebenen Zeit sollen diese dann entsorgt werden dürfen. Zuwiderhandlungen sollen mit einem Bußgeld geahndet werden.

#### 10. Klimaneutraler Gebäudebestand

Wir wollen einen klimaneutralen Gebäudebestand im Saarland bis zum Jahr 2040. Auf dem Weg dazu sind unter anderem folgende Punkte wichtig: die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden, eine klimafreundliche Wärmeerzeugung, der Ausbau von Photovoltaikdachanlagen, der Einsatz umweltschonender Baumaterialien sowie umweltschonende und artenförderliche Außenanlagen.

Darüber hinaus soll die Landesbauordnung ab dem Jahre 2023 ebenfalls verbindliche Festsetzungen über den Einsatz von umweltschonenden Baumaterialien und das Erfordernis von umweltschonenden Außenanlagen enthalten. So fordern wir, dass bei Neubauten in Zukunft ein großer Teil aller verwendeten Baustoffe aus nachwachsenden, gut recyclebaren und lange verfügbaren Rohstoffen bestehen muss.

Nicht nur die Kommunen brauchen Sanierungsmanager, sondern auch das Land braucht eine Sanierungsstrategie für seine Gebäude. Die Eigentümer von Gebäuden müssen gezielt auf Fördermöglichkeiten des Bundes hingewiesen und zu einer Sanierung ermuntert werden. Hierzu sollte das Land einen eigenen Fördertopf zur Hebelung der Bundesmittel einrichten und zeitgleich bis 2030 alle öffentlichen Gebäude in Landesbesitz einer energetischen Sanierung unterziehen.

Darüber hinaus muss auch im Saarland der Umstieg von Ölheizungen zu klimafreundlicher Wärmeerzeugung stärker forciert werden. Daher fordern wir eine Hebelung der Bundesfördermittel durch ein saarländisches Förderprogramm. Wir fordern zudem, die Landesbauordnung mit Wirkung zum Jahr 2023 so zu ändern, dass in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen nicht mehr gestattet ist. Gleichzeitig muss durch eine landesseitige Subventionierung klimafreundlicher Heizungen sichergestellt sein, dass der Wechsel sozialverträglich erfolgen kann.

Steingärten haben aus unserer Sicht erhebliche negative Auswirkungen auf das Mikroklima. Aufgrund der fehlenden Begrünung heizen sich die Steine besonders im Sommer auf und geben sodann die Wärme an die Umgebung ab. Da die Steine die Wärme außerdem speichern, kann sich der Garten, bzw. der Boden, auch nachts nicht abkühlen. Wasserundurchlässige Schotterbeete verhindern dazu, dass Regenwasser ins Erdreich sickern kann und begünstigen so die Austrocknung des Erdreichs. Wir fordern daher, ein Verbot der Anlage von sogenannten Steingärten ab 2023 in der Landesbauordnung aufzunehmen.

#### VI. Inneres und Justiz

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine der Kernaufgaben des Staates. Dabei ist die Gefahrenlage in den vergangenen Jahren sehr viel komplexer geworden. Grund hierfür sind zum einen der grenzüberschreitende Verkehr und die Globalisierung, aber auch die Digitalisierung und nicht zuletzt die aktuellen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie. Um den sicherheitspolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden, brauchen wir einen starken, handlungsfähigen und modernen Rechtsstaat sowie vor allem auch Menschen, die diesen mit Leben füllen. Bedienstete bei Polizei und Justiz im Saarland leisten trotz teilweise widriger Bedingungen eine herausragende Arbeit. Damit das auch weiterhin so bleibt, muss die saarländische Landesregierung die nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Junge Union Saar fordert daher:

#### 1. Personalsituation bei Polizei, Justiz und Verwaltung weiter verbessern

Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für ihn und für die Sicherheit der Bürger eintreten. Als Junge Union Saar stehen wir unverrückbar an der Seite von Bediensteten bei der saarländischen Polizei und der Justiz. Nach Jahren der Sparmaßnahmen beobachten wir mit Sorge, dass heute viele Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung nicht in dem Maße erfüllt werden können, wie dies erforderlich wäre.

Betrachtet man die Personalentwicklung bei der Polizei in den vergangenen Jahren, so ist diese auf dem richtigen Weg. Seit dem Jahr 2015 wurde die Zahl der jährlichen Einstellungen von Anwärtern im Saarland stetig gesteigert. Doch der Weg ist noch nicht zu Ende. Noch heute sind die Nachwirkungen der Einstellungspolitik der SPD-Landesregierung aus den

90er-Jahren zu spüren, als teilweise in ganzen Jahren keine einzige Einstellung erfolgte. Von den derzeit im Stellenplan ausgewiesenen 2700 Stellen sind lediglich 2500 besetzt.

Die saarländische Landesregierung muss daher in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass die ausgewiesenen Stellen auch tatsächlich besetzt sind. Das mittelfristige Ziel muss dann sein, diese Personalisierung nicht mehr zu unterschreiten, sodass dauerhaft mindestens 2700 Stellen bei der saarländischen Vollzugspolizei besetzt sind. Langfristig unterstützen wir die Forderung nach einer Mindestpersonalisierung von 3000 Vollzugsbeamten. Wir fordern demnach, den eingeschlagenen Weg der erhöhten Neueinstellungen konsequent weiterzugehen.

Dies darf allerdings nicht zu Lasten der Justiz geschehen. Ein starker Rechtsstaat lebt vom Zusammenspiel von Polizei und Justiz. Die Signale aus der saarländischen Justiz sind besorgniserregend. Die Arbeitsbelastung bei den Justizvollzugsbeamten, Geschäftsstellenmitarbeitern, Rechtspflegern, Richtern und Staatsanwälten ist enorm, liegt teilweise durchschnittlich bei bis zu 150 %. Nach Angaben des saarländischen Richterbunds handelt es sich um eine untragbare Personalsituation, die zunehmend die Funktionstüchtigkeit der Justiz als Ganzes bedroht. Diesen Entwicklungen muss entgegengewirkt werden. Durch die Schaffung von insgesamt 73 zusätzlichen Stellen für die saarländische Justiz in den Jahren 2021 und 2022 wurde ein erster Schritt getan.

Die Junge Union Saar fordert dabei insbesondere, dass ausgewiesene Stellen auch tatsächlich dauerhaft besetzt werden und auch in den folgenden Haushaltsjahren eine erhebliche Anzahl weiterer Stellen geschaffen wird. Dies gilt im Übrigen auch für die Verwaltung insgesamt. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie dürfen nicht dazu führen, dass im öffentlichen Dienst ein erneuter Sparkurs einsetzen wird.

## 2. Die saarländische Polizei als attraktiver Arbeitgeber

Zur Besetzung von bestehenden und neu entstehenden Stellen braucht es jedoch auch qualifizierte Bewerber. Bei der saarländischen Polizei sind die Bewerberzahlen dabei seit 2010 rückläufig. Wegen der steigenden Einstellungszahlen bräuchten wir jedoch gerade mehr junge, motivierte. Junge Menschen müssen in der saarländischen Polizei einen attraktiven Arbeitgeber finden, der ihnen eine echte berufliche Perspektive bietet. **Die saarländische** 

Polizei darf dabei nicht weiter hinter die Bundespolizei und die rheinland-pfälzische Polizei zurückfallen, mit denen wir um die besten Bewerber konkurrieren.

Neben guten Arbeitsbedingungen, einer moderaten Arbeitsbelastung und einem spannenden Aufgabenfeld sind vor allem eine adäquate Bezahlung und Aufstiegschancen für die Berufswahl von zentraler Bedeutung und entscheidend für die Attraktivität einer Stelle. Betrachtet man allein die Besoldung, so ist die saarländische Polizei dabei im Vergleich mit der Polizei in anderen Ländern alles andere als attraktiv. Klar ist, dass das Saarland nicht die finanziellen Möglichkeiten wie andere Bundesländer hat. Jedoch ist die Landesregierung in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Lücke in der Besoldung nicht noch größer wird. Die Junge Union Saar fordert daher, dass die prozentuale Besoldungsentwicklung in Zukunft zumindest auf dem Niveau der Entwicklung bei der rheinland-pfälzischen Polizei liegen muss. Perspektivisch sollte sich das hiesige Lohnniveau auch absolut dem Lohnniveau in Rheinland-Pfalz annähern.

Ebenfalls unterdurchschnittlich ist die sog. Polizeizulage. Diese ist im Saarland im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern trotz der immer komplexer werdenden Polizeiarbeit seit 2006 unverändert bei 127,38 € geblieben. Um die immer vielschichtiger werdende Arbeit der Polizisten zu honorieren, fordert die Junge Union Saar eine spürbare Erhöhung der Polizeizulage, mindestens auf das Niveau unseres Nachbarn Rheinland-Pfalz. Die derzeit vom saarländischen Innenministerium geplante Erhöhung um zweimal 3 Prozent empfinden wir als zu niedrig.

Des Weiteren fordert die Junge Union Saar die Einführung einer mit der Bundespolizei vergleichbaren Erschwerniszulage für die saarländischen Beamten. Eine solche Zulage in Höhe von 11,10 € erhalten Bundespolizisten, die im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit bspw. mit Fäkalien oder Körperflüssigkeiten in Berührung kommen. Damit wird die Ausführung besonders unangenehmer und infektionsrisikoreicher Tätigkeiten während des Dienstes angemessen wertgeschätzt. Die Beamten der Landespolizei sind diesen Tätigkeiten ebenso ausgesetzt wie Beamte der Bundespolizei, sodass die Gewährung der sog. "Ekelzulage" auch saarländischen Beamten zustehen sollte.

Gerade junge Familien sind neben einer auskömmlichen Bezahlung auch auf finanzielle Planungssicherheit angewiesen. Bei der saarländischen Polizei fehlt es hierzu jedoch an gesicherten Aufstiegschancen. Vielmehr warten junge Beamte teilweise zehn Jahre und länger auf ihre erste Beförderung. In der Besoldungsgruppe A 9 gibt es einen regelrechten Beförderungsstau, der bedingt, dass nicht einmal überdurchschnittlich bewertete Polizisten befördert werden können. Dementsprechend zeichnet sich im Hinblick auf die Aufstiegschancen ein teilweise verheerendes Stimmungsbild in der saarländischen Polizei ab. Daher fordert die Junge Union Saar die Einführung einer Regelbeförderung bei der saarländischen Polizei. Ausgehend vom Zeitpunkt der Ernennung zur Polizeikommissarin und zum Polizeikommissar in der Besoldungsgruppe A 9 muss spätestens nach sieben Jahren eine Beförderung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 erfolgt sein. Zudem muss eine ausreichende Zahl bewerteter Stellen in höheren Besoldungsgruppen geschaffen werden, sodass überdurchschnittlich bewerteten Beamten der Aufstieg in höhere Besoldungsgruppen ermöglicht werden kann.

Ein weiterer Grund für die rückläufigen Bewerberzahlen dürfte auch das langwierige Bewerbungsverfahren sein. Die Bewerbungsfrist läuft dabei regelmäßig etwa ein Jahr vor dem potenziellen Einstellungstermin ab, damit das Bewerbungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Bewerberzahlen generell rückläufig sind, ist dieser Zeitraum viel zu lange. Bei vielen jungen Menschen reift erst gegen Ende der schulischen Ausbildung die Entscheidung, wohin sie sich beruflich entwickeln möchten. Wer sich beispielsweise erst im letzten Schul-Halbjahr entscheidet, sich bei der saarländischen Polizei bewerben zu wollen, dem bleibt die Einstellung im Oktober des Abschlussjahres verwehrt. Viele junge Menschen werden sich angesichts der dann drohenden langen Wartezeit gegen die Polizei entscheiden. Daher fordert die Junge Union Saar, das Bewerbungsverfahren insgesamt so stark zu verkürzen, dass Bewerbungen zumindest bis sechs Monate vor der Einstellung möglich sind.

3. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei der saarländischen Polizei stärken In einer sich ständig verändernden Welt müssen sich die Polizeivollzugsbeamten stets auf neue Gefahrenlagen und Situationen einstellen. Angebote zur Fort- und Weiterbildung sind daher für eine adäquate Ausbildung der Beamten unerlässlich. Die Gegebenheiten an der Fachhochschule für Verwaltung des Saarlandes reichen jedoch nicht aus, um zeitgleich mit

der Ausbildung der Anwärter die hohe Anzahl an anstehenden Fortbildungen angemessen durchzuführen. Hier fehlen neben ausreichend Schulungs- und Unterrichtsräumen am Standort in Göttelborn auch Ausbilder, die die Polizisten beispielsweise im Umgang mit neuen Einsatzmitteln wie dem Taser schulen oder einen regelmäßigen Überblick über neue Gesetzesentwicklungen geben.

Dem hohen Fort- und Weiterbildungsbedarf kann die saarländische Polizei derzeit nicht gerecht werden. Dies sorgt auch für Unmut und Frustration unter den Beamten. Die Junge Union Saar fordert daher, mehr Unterrichtsräume und mehr Ausbildungspersonal zur Verfügung zu stellen. Nur so kann die saarländische Polizei mit der immer schneller werdenden Veränderung der Sicherheitslage Schritt halten.

#### 4. Bessere Zusammenarbeit der saarländischen Sicherheitsbehörden

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und Ordnung im Saarland ist eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen Land und Kommunen. Gerade in den größeren Städten im Saarland ist eine gute Zusammenarbeit von Vollzugspolizei und kommunalen Ordnungsbehörden für den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unerlässlich.

Eine vertiefte Zusammenarbeit von Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden ist aus Sicht der Jungen Union Saar dringend erforderlich, um den Herausforderungen der Gefahrenabwehr gerecht zu werden. Gerade die Mitarbeiter der kommunalen Ordnungsbehörden müssen auch in der Lage sein, auf Augenhöhe mit der Vollzugspolizei zu arbeiten, damit eine verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist.

Gleiches gilt für den Polizeilichen Ordnungsdienst. Wie die kommunalen Ordnungsbehörden kann auch der Polizeiliche Ordnungsdienst eine wichtige Entlastung für die Vollzugspolizei, beispielsweise bei der Überwachung von Objekten, darstellen. Insgesamt braucht es jedoch in beiden Fällen vor allem qualifizierte Kräfte, die für die Vollzugspolizei eine echte und schlagkräftige Unterstützung bei der Gefahrenabwehr darstellen.

Dies ist aktuell nicht durchgehend der Fall. Aus diesem Grunde fordert die Junge Union Saar die saarländische Landesregierung auf, eine gemeinsame Ausbildung für den kommunalen wie für den polizeilichen Ordnungsdienst zu schaffen, die sich nicht nur auf kurze

Lehrgänge beschränkt. Vielmehr bedarf es einer einheitlichen und qualitativ hochwertigen Ausbildung, die auch eine bessere Bezahlung der Ordnungskräfte und erweiterte Befugnisse ermöglicht. Als Vorbild kann dabei der kommunale Vollzugsdienst in Rheinland-Pfalz dienen. Zur Entlastung der stark beanspruchten Vollzugspolizei brauchen wir quantitativ und qualitativ besser ausgestattete Ordnungsbehörden, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Für eine verbesserte Zusammenarbeit ist es darüber hinaus auch unerlässlich, dass die Digitalisierung bei allen Sicherheitsbehörden, auch bei der Justiz und der Staatsanwaltschaft, vorangetrieben wird. Nur so kann ein schneller und effizienter Datenaustausch in Echtzeit ermöglicht werden.

## 5. Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort sicherstellen

Daneben ist jedoch auch die Präsenz der Vollzugspolizei vor Ort weiter wichtig. Im Saarland gibt es derzeit 38 Polizeiposten. Ihre Aufgabe liegt darin, einen örtlichen Ansprechpartner für die Bürger zu bieten. Dazu sind zu festgelegten Zeiten ortskundige und meist dienstältere Polizeibeamte in den Posten anzutreffen, um z. B. Anzeigen aufzunehmen. Jedoch sind die Polizeiposten oftmals nur wenige Stunden in der Woche besetzt und dadurch auch wenig frequentiert, dennoch müssen die Räumlichkeiten dauerhaft unterhalten und finanziert werden. Die Standortgebundenheit macht die Polizeiposten zusätzlich wenig flexibel.

Um das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürger zu stärken, fordert die Junge Union Saar eine **Umwandlung des bisher bestehenden Konzepts hin zu mobilen Polizeiposten**. Hierbei sollen von den mobilen Polizeiposten mindestens dieselben Gebiete der bisherigen Posten abgedeckt und mit gleichem Personal besetzt werden.

Moderne und entsprechend ausgestattete Fahrzeuge, die die bisherigen Serviceleistungen ermöglichen, sollen zu festen Zeiten an öffentlichen und dann möglichst belebten Plätzen (z. B. auf dem Marktplatz am Markttag) aufgestellt werden. Dies führt zu einem Herabsenken der Hemmschwelle der Kontaktaufnahme zur Polizei. Weiterhin erleichtern diese mobilen Polizeiposten auch weniger mobilen Mitbürgern das Gespräch mit einem Polizeibeamten, weil sie sonstige Termine im Ortskern unproblematisch verbinden können. Durch die oben angeführten Punkte soll eine Steigerung der Präsenz und somit des subjektiven

Sicherheitsgefühls erzielt werden. Weiterhin wird eine effektivere Präventionsarbeit ermöglicht, da unkompliziert und niederschwellig viele Menschen erreicht werden können.

Eine weitere Einsatzmöglichkeit stellt die Vor-Ort-Präsenz bei Festen und Großveranstaltungen dar. Hierdurch können kleinere Delikte direkt aufgenommen und bearbeitet werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit, ein Fahrzeug für mehrere Polizeiposten bei gleichbleibender Öffnungsdauer zu nutzen. Damit ist dieses Konzept langfristig finanzierbar und kann evtl. sogar zu Einsparungen führen.

### VII. Europa und Internationales

## 1. Das Saarland in der Großregion - Interregionale Zusammenarbeit stärken

Das Saarland liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas, sondern ist auch aufgrund seines politischen Selbstverständnis ein Motor der regionalen grenzüberschreitenden Integration. Gemeinsam mit den französischen, luxemburgischen, belgischen und auch deutschen Partnerregionen hat sich in den letzten Jahrzehnten ein beachtliches institutionelles Kooperationsgeflecht entwickelt. Das Governance der Großregion besteht dabei vor allem aus exekutiver sowie legislativer Zusammenarbeit, welche durch verschiedenste wirtschaftliche und kommunale Akteure ergänzt wird. Zudem existieren erfolgreiche Bildungsprojekte wie die "Universität der Großregion (UniGr)" oder viele Schulpartnerschaften.

Obwohl die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion ein Erfolgsprojekt ist und als Modellregion für die gesamte EU angesehen wird, gilt es Herausforderungen zu bewältigen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Gerade auch während der Corona-Pandemie wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig der Informations- und Erfahrungsaustausch in etablierten Gremien ist, um komplexe Probleme zu lösen. Daher fordert die Junge Union Saar, die Corona-Pandemie als Anlass zum Performance-Check zu nutzen. Getreu dem Motto Jean Monets, dass Europa in Zeiten von Krisen geschaffen wurde, kann die Corona-Krise auch dabei helfen, Institutionen und Prozesse der Großregion auf ihre Leistungsfähigkeit zu überprüfen.

Des Weiteren ist in diesem Jahr das 2003 beschlossene politische Strategiepapier "Zukunftsbild 2020" der Großregion ausgelaufen. Jenes wurde damals in Auftrag gegeben, da die

Erstellung einer grenzüberschreitend abgestimmten Zukunftsperspektive für dringend geboten angesehen wurden.

Der Ausbau und die Stärkung der Großregion ist eine der wichtigsten Aufgaben des Saarlandes und der beteiligten Regionen. Gerade im Bereich Bildung gilt es noch viele Punkte umzusetzen. Wir fordern den Ausbau und die Stärkung des Französischunterrichts in den Schulen und Bildungseinrichtungen. Zusätzlich soll die bilinguale Erziehung bereits in Kindergarten, Vor- und Grundschule fokussiert werden. Hier sollten Pilotprojekte nach und nach in der gesamten Großregion ausgerollt werden. Luxemburgische Sprachkenntnisse sollten aus unserer Sicht auf freiwilliger Basis erworben werden können, so beispielsweise in der Schule in Form einer AG oder durch Belegung des Seminarfachs im Modulbereich "Mehrsprachigkeit".

Mit rund 50 Prozent der saarländischen Kitas und zahlreichen Grundschulen arbeiten bereits viele Menschen aktiv an einem zweisprachigen Bildungskonzept, bei dem wir mit vier Abibac-Schulen bundesweiter Spitzenreiter sind. Diesbezüglich ist es uns als Junge Union Saar besonders wichtig, die gesamte Schullaufbahn mitzudenken, von der Kita bis zum Ausbildungsplatz oder Studium. Hierbei möchten wir zusätzliche zweisprachige Lehrkräfte einstellen und die Bildungskompetenz durch grenzüberschreitende Studiengänge weiter fördern. Die Ausbildung der entsprechenden Erziehenden und Lehrer sollte gemeinsamen Standards folgen.

An allen Gymnasien des Saarlandes sollte aus unserer Sicht bis zum Jahr 2035 der gleichzeitige Erwerb von Abitur und Bac möglich sein. Ziel sollte eine Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungssystemen der Großregion sein. Auch die berufsbildenden Schulen sollten künftig in der Großregion stärker vernetzt werden und auch gemeinsame Standards in den Abschlüssen erfahren. Best practise Lösungen müssen durch einen Bildungspreis der Großregion wertgeschätzt und als Vorbild für andere herausgestellt werden. Grenzüberschreitende Forschungsprojekte müssen im Rahmen der Universität der Großregion intensiviert werden. Ein gemeinsamer, auf großregionaler Ebene angesiedelter Fördertopf soll entsprechende Projekte finanzieren.

## 2. Europa vernetzen – das Saarland zum Drehkreuz für den europäischen Bahnverkehr machen

Die Junge Union Saar möchte wie bereits dargelegt den grenzüberschreitenden ÖPNV ausbauen, CO2 Emissionen verringern und die Position des Saarlandes im Herzen Europas stärken. 2021 ist das Europäische Jahr der Schiene und das nicht ohne Grund. Europa muss über die Schiene besser vernetzt werden. Ein breites Bahnangebot hilft gerade regional dabei, die Großregion besser zu vernetzen. Nach Angaben der Europäischen Kommission entfallen 25% der Treibhausgasemissionen der EU auf den Verkehr. Mit Investitionen in den europäischen Schienenverkehr möchte die Junge Union Saar das Saarland über die Schiene vernetzen, CO2 einsparen und Saarbrücken zum europäischen Bahn-Drehkreuz machen.

Mit dem Ausbau einer Direktverbindung von Saarbrücken nach Luxemburg und Brüssel wird eine Brücke von der saarländischen Landeshauptstadt zu den europäischen Hauptstädten Luxemburg und Brüssel gebaut. Durch die geplante Verkürzung der Fahrzeit von Luxemburg nach Brüssel von drei auf zwei Stunden sollen Zugfahrer die europäische Hauptstadt von Saarbrücken noch schneller erreichen können. Neben der Vernetzung der Hauptstädte würde es durch eine Direktverbindung gelingen, die Großregion zu vernetzten und insbesondere den nach Luxemburg pendlerstarken Landkreis Merzig-Wadern mit der Hauptstadt des Großherzogtums Luxemburg zu verbinden. Diese Strecke erhöht den Fahrkomfort und bietet den Grenzpendlern eine CO2-neutrale Alternative zum Auto. Wir fordern die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, dieses Projekt in den Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa aufzunehmen.

Zudem unterstützen wir die Forderung der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung, die sich für eine **Direktverbindung von Berlin nach Paris** ausspricht. Mit diesem Leuchtturmprojekt soll es gelingen die **Direktverbindung von Saarbrücken nach Frankfurt auszubauen und die Frequenz der aus dem Saarland nach Frankfurt und Paris fahrenden Züge zu erhöhen.** So sollen die Flughäfen Luxemburg und Frankfurt mit der Bahn langfristig in weniger als einer Stunde erreicht werden.

#### VIII. Familie, Gesundheit, Soziales und Jugend

#### 1. Jugendbeteiligung ausbauen und fördern

Junge Menschen sollen es so leicht wie möglich haben, sich politisch zu informieren und ihre Themen an geeigneter Stelle einbringen zu können. Um die Jugendbeteiligung auszubauen und zu fördern, sollen vorhandene Angebote erweitert und neue geschaffen werden. Für die Junge Union Saar soll es immer einen Gleichlauf von Rechten und Pflichten geben. Wir stehen dafür ein, dass das Wahlalter auch weiterhin an die Volljährigkeit geknüpft ist, da die jungen Erwachsenen mit dem Eintritt in die Volljährigkeit alle Rechte und Pflichten erlangen. Eine Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre lehnen wir ab.

Die Junge Union Saar fordert die verbindliche Einführung von Jugendbeiräten in allen Saarländischen Kommunen. Dadurch werden die Interessen der Jugendlichen in die kommunalen Gremien gebracht. Grund für die Einführung einer solchen Pflicht ist das immer geringer werdende Vertrauen der Jugendlichen in die Demokratie. Aus diesem Grund sollten die Sitzungen des Jugendbeirates öffentlich erfolgen, um die Teilhabe sicherzustellen.

Der Jugendbeirat sollte Vielfalt darstellen und daher aus verschiedenen Gruppierungen bestehen. Dies wäre auch ein erster Schritt in Richtung Einrichtung eines Jugendlandtages. Denn so könnten bspw. die Jugendbeiräte je einen Vertreter in den Jugendlandtag entsenden, der dort Ihre Interessen vertritt. So können wir auch gewährleisten, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler vertreten sind, sondern die gesamte Bandbreite an jungen Menschen in dem Jugendlandtag vertreten ist.

Damit wir möglichst viele junge Menschen für eine solche Mitarbeit motivieren können, müssen die Kommunen junge Menschen im entsprechenden Alter explizit ansprechen und auf die Möglichkeiten der Mitarbeit in diesem Gremium hinweisen. Diese Mitarbeit muss natürlich auch attraktiv sein und eine **echte Beteiligungsmöglichkeit** darstellen. Daher sollen die dort getroffenen Beschlussempfehlungen an das Plenum bzw. den jeweiligen Ausschuss weitergegeben werden. Ebenso auf kommunaler Ebene an den Stadt- bzw. Gemeinderat. Des Weiteren sollen die Kinder und Jugendlichen in allen sie betreffenden Themen angehört werden.

Ergänzend hierzu fordern wir die Durchführung des **Planspiels "Jugend und Parlament"** auch auf Landesebene. Dies soll für uns keine Alternative zu einer echten Beteiligungsmöglichkeit darstellen, sondern vielmehr ein zusätzliches, ergänzendes Angebot sein um demokratische Prozesse anschaulich näherzubringen.

In einigen wenigen Kommunen gibt es schon einen Kinder- und Jugendbeauftragten, der sich ehrenamtlich um die Kinder und Jugendlichen kümmern kann. Dieser setzt sich vor allem für altersgruppenspezifische Themen, wie z.B. Spielplätze, Treffpunkte, Sportangebote ein. Hierzu sollte es in einem 2-5-jährigen Turnus eine Ausschreibung seitens der Stadtverwaltung geben, auf die sich alle Bürger im Alter zwischen 18 und 30 Jahren bewerben können, indem Sie ihre Zukunftsvisionen in einem kurzen Anschreiben bei der Verwaltung einreichen. Die Entscheidung über einen Kandidaten kann der Stadt- oder Gemeinderat bzw. in der Landeshauptstadt Saarbrücken der Bezirksrat treffen.

Dem Beauftragten wird ein Jahresbudget zur Verfügung gestellt und er erhält eine geringe Aufwandsentschädigung für seine Arbeit. Dadurch wird für ihn die Möglichkeit eröffnet, in Eigeninitiative Aktionen für Kinder und Jugendliche zu planen und zu verwirklichen. Vor allem aber haben die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, ihn bei Fragen und Problemen zu kontaktieren oder ihre Wünsche und Ideen entgegenzunehmen.

Im gleichen Zug sollen die **kommunalen Jugendzentren**, vor allen Dingen für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum, gestärkt werden, um so eine feste Anlaufstelle für Treffen miteinander oder Gespräche mit dem Jugendbeauftragten zu bieten. Hier ist ein Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Jugendbeauftragten wünschenswert. Dadurch könnten die kommunalen Jugendzentren voneinander profitieren und sogar gemeinsam Projekte realisieren. Bei Bedarf sollte die Trägerschaft geprüft und gegebenenfalls geändert werden.

Jugendzentren sind wichtige Säulen in der Jugendarbeit. Sie können auch wertvolle Bildungsarbeit leisten und hierdurch Sensibilisierungsarbeit (auch im Bereich der Drogenpolitik und der demokratischen Prozesse) betreiben. Daneben können sie aber auch ein Rückzugsort für die Besucher darstellen, in dem die verschiedenen Interessen sportlicher, kultureller und kreativer Art ausgeübt werden können.

#### 2. Gesundheitsversorgung

Auch die Krankenhauslandschaft sollte, gerade nach den Erfahrungen in der Corona-Pandemie, stabil bleiben. Krankenhäuser sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen bei einem Notfall für jeden in kürzester Zeit erreichbar sein und das auch im ländlichen Raum. Sie dienen in erster Linie dem Schutz der Gesundheit der Bürger und dürfen erst an zweiter Stelle aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden. Wir sprechen uns daher für eine bessere finanzielle Unterstützung kleinerer Häuser durch Bund und Land aus, damit eine gute medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum eine Zukunft hat. Da es um den Menschen geht und nicht um eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, legen wir Wert auf wohnortnahe und schnelle Gesundheitsversorgung für unsere Bürger.

Gleichzeitig sollte eine schnellere Vernetzung der behandelnden Ärzte erfolgen, um die Behandlung zu vereinfachen und wiederholte Untersuchungen und Wechselwirkungen von Medikamenten zu vermeiden. Die im Bereich eHealth erfolgreichen Vorreiter sollen unterstützt und es sollen weitere Partner gewonnen werden.

#### 3. Drogenpolitik

Die Junge Union Saar fordert die verbindliche Einführung der Aufklärung hinsichtlich Drogen in den Schulentwicklungsplänen der weiterführenden Schulen. Wir sehen derzeit aufgrund der fehlenden Thematisierung ein großes Präventionsproblem und eine Lücke in der frühen Aufklärung der jungen Saarländer.

In der Ausführung kann dies mit der Schulsozialarbeit verknüpft werden. Daher sollten in diesem Zusammenhang mehr Stellen für Schulsozialarbeiter geschaffen werden. Eine weitere Verknüpfung kann auch im regulären Unterricht erfolgen. Diesbezüglich sollten die Lehrer und Schulverwaltungen ebenfalls stärker bzgl. der Prävention bzw. des Erkennens von Problemen geschult und sensibilisiert werden.

Neben der Präventionsarbeit in der Schule fordert die Junge Union Saar die Einführung des "Drug checkings". Dies soll der Prävention dienen. Viele Freizeitkonsumenten haben keinen Kontakt zur Drogenhilfe. Jedoch müssen auch diese wissen, was sie, in Anbetracht der Qualität und Konzentration der Drogen, konsumieren. Das Drug Checking soll auch dazu

beitragen, dass die Konsumenten in Kontakt zu den Mitarbeitern der Drogenberatung kommen. So kann man den Konsumenten Wege aus der Sucht aufzeigen.

- IX. Kommunales, Ehrenamt und Sport
- 1. Kommunales
  - a. Hilfs- & Wiederaufbau-Fonds

Nach der Corona-Pandemie ist mit einem erweiterten Leerstand in den Ortskernen und Einkaufszentren zu rechnen. Auch die kommunale Kultur- und Vereinslandschaft wird nicht mehr so sein, wie sie es 2019 noch war. Wir sprechen uns daher für einen Wiederaufbau-Fonds aus, mit dem der Einzelhandel sowie die Gastronomie unterstützt und notwendige Investitionen getätigt werden können. Auf diese Weise soll die Kaufkraft der Einwohner in den Kommunen bleiben und nicht zwangsläufig ausgelagert werden.

Daneben soll auch die Vereins- und Kulturlandschaft, die einen großen Teil unseres gesellschaftlichen Lebens im Saarland ausmacht, erhalten bleiben. Vereine und nicht organisiert ehrenamtlich Tätige waren und sind die Stütze bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Viele davon werden auch nach der Pandemie finanziell nicht gut aufgestellt sein. Es bedarf daher eines staatlichen Hilfs-Fonds für Vereine und Organisationen, um laufende Kosten wie Miete oder Strom auch ohne stabile Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge oder den Erlös von Veranstaltungen decken zu können.

b. Neuauflage bzw. Anpassung der Altbau- und Dorfkernsanierungsprogramme Wohn- und Lebensraum für junge Familien wird immer knapper, selbst in eigentlich dünn besiedelten Kommunen. Gleichzeitig drängen immer mehr Menschen aus den Städten in die ländlichen Regionen unseres Landes. Wir fordern daher dringend die längst überfällige Anpassung des Landesentwicklungsplans Siedlung in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan Umwelt. Nur so werden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass Kommunen überhaupt noch die dringend notwendigen Neubaugebiete ausweisen können.

Um die Attraktivität der saarländischen Gemeinden zu fördern und zu pflegen muss es Kommunen außerdem erleichtert werden, wirkliche Sanierungsprogramme für Dorfund Ortskerne aufzusetzen. Es ist Aufgabe des Landes, Fördermittel zur Pflege und Reaktivierung von Ortskernen bereitzustellen und kommunale Projekte zu fördern.

Denn nur wenn es wirklich attraktiv ist, ein altes Gebäude zu erwerben und umzubauen, macht dies für junge Saarländer auch Sinn und führt gleichzeitig zu einer Belebung und Sta-

bilisierung der Ortskerne.

## c. Kommunale Finanz-Struktur-Reform statt einer Flächen- und Verwaltungsreform

Durch die Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Ausfällen bei der Gewerbesteuer werden viele Kommunen in den nächsten Jahren erhebliche Defizite einfahren. Durch den Saarland-Pakt wurden die Kommunen bereits stark entlastet, dennoch werden weitere Hilfen gebraucht. Zwar hat der Bund sich einer direkten Hilfe bei den kommunalen Altlasten verweigert, dennoch werden durch den Bund seit 2021 75% anstatt 25% der Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen. Eine wesentliche finanzielle Entlastung ist bei den Städten und Gemeinden hierdurch bisher jedoch nicht eingetreten.

Die Kreisumlage bspw. im Landkreis Neunkirchen hat sich von 2020 auf 2021 unwesentlich geändert, trotz der 75%-igen Übernahme der KdU durch den Bund. Die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken sind nun angehalten, auch eigene Einsparpotenziale zu ergreifen. Die Gemeindeverbände unterliegen keiner Finanzkontrolle und können in ihren Zuständigkeitsbereichen frei agieren. Die Schaffung einer Vielzahl von neuen Stellen ist im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung nicht mehr erklärbar und bedarf einer strengen Kontrolle durch die Kommunalaufsicht. Auch die Ausgaben bei den Landkreisen müssen stärker reglementiert werden, damit durch die Kreisumlage die Kommunen nicht zu sehr belastet werden.

#### d. Konjunktur-Paket Tourismus

Im Herzen unserer Städte und Gemeinden schlummern (nah)erholungstouristische Ziele, die auf ihre Erkundung warten. Kommunen sollten wie bereits zuvor erläutert bei der Förderung lokaler Tourismuskonzepte unterstützt werden. Wir fordern daher konkret die Schaffung und Bewerbung der Stelle eines Ansprechpartners bei der Landesregierung, an den sich unsere Städte und Gemeinden für die Umsetzung touristischer Projekte wenden können. Diese Stelle soll beim Beantragen und Abrufen von Landes-, Bundes und EU-Fördermitteln helfen, sowie eine bessere Vernetzung innerhalb der Kommunen und aller

Beteiligten am saarländischen Tourismus herstellen. Somit können wir den aktuellen Flickenteppich der 52 Städte und Gemeinden, der an den jeweiligen Gemeinde- und Stadtgrenzen endet, aufbrechen und einen saarländischen Tourismus mit hohem Potential aus einem Guss gewährleisten.

## e. Ausbau des Angebotes an Kindertagesstätten

Die Junge Union Saar fordert die saarländische Landesregierung und die Bundesregierung dazu auf, die Fördermittel für Investitionen in Kindertagesstätten aufzustocken. Ein umfangreiches Angebot an Betreuungsplätzen vor Ort für Kinder von der Geburt an bis zu deren Schuleintritt ist ein wichtiger Bildungs- und Wirtschaftsfaktor. Der Besuch der Betreuungseinrichtungen steigert einerseits das Kompetenzniveau benachteiligter Kinder und schafft andererseits die Voraussetzungen, damit (alleinerziehende) Eltern am Arbeitsmarkt partizipieren bzw. ihre Arbeitszeit aufstocken können.

# f. Wandel einläuten bei der Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für die Feuerwehren

Das Land steht als Gesetzgeber in der Verantwortung, in den kommenden Jahren das gemeindeübergreifende Zusammenarbeiten der Feuerwehren zu ermöglichen und noch stärker zu fördern. Entsprechende Rahmenbedingungen müssen endlich geschaffen werden. Regelungen zu Kooperationen sind bereits vorhanden, doch bei der Aufstellung, Ausstattung und Unterhaltung der Feuerwehren bedarf es für die Gemeinden präziseren Regelungen und Ausformulierungen. Gerade der Ausstattungsbereich kann durch eine einheitliche Ausrüstung mit Hilfe von gemeinsamer Beschaffung kostengünstiger und wirtschaftlicher gestaltet werden. Die derzeitige Lage lässt individuelle Anschaffungen gewähren und jede Gemeinde agiert daher auf dem Beschaffungsmarkt zur Ausstattung der Feuerwehren für sich. Hier gilt es einen Wandel einzuläuten.

in der Feuerwehr engagieren. Um das Blaulicht-Ehrenamt zu stärken, müssen Anreize geschaffen werden. Gelungenes Beispiel ist der freie Eintritt in kommunale Schwimmbäder für die Feuerwehrleute in einigen Kommunen. Dies sollte flächendeckend ermöglicht und seitens der Landesregierung unterstützt werden. Neben der Anerkennung für die Arbeit als ehrenamtliche Helfer wird so auch die kostenlose Möglichkeit der körperlichen Ertüchtigung für die Einsatzkräfte geschaffen.

#### 2. Ehrenamt und Sport

#### a. Maßnahmen gegen das Vereinssterben

Eine landes- oder sogar bundesweite Problematik ist das "Vereinssterben". Die Vereine haben schlicht ein Nachwuchsproblem. Vereinsmitgliedschaften müssen für Kinder und Jugendliche, aber auch für ihre Eltern, wieder attraktiv gemacht werden. Hierbei müssen das Land und die Kommune die Vereine durch Zuschüsse und Werbungsangebote in öffentlich zugänglicher Weise unterstützen. Weiterhin sollte Vereinen die Möglichkeit eingeräumt werden auf städtischen Veranstaltungen Angebote machen zu dürfen, ohne selbst viel Aufwand damit zu haben. Hohe Standgebühren, bei Jahrmärkten beispielsweise, sind hier alles andere als hilfreich.

Um die Mitglieder auch während und nach der Pandemie in den Vereinen zu halten und ggf. sogar neue Mitglieder dazu zu gewinnen, sprechen wir uns dafür aus, dass Mitgliedsbeiträge an gemeinnützige Vereine in den kommenden Jahren als Sonderausgaben von der Steuer abgesetzt werden können. Auf diese Weise wird eine Mitgliedschaft attraktiver und hilft den Vereinen so, einen Teil der coronabedingt ausgefallenen Einnahmen wieder wettzumachen. Die Junge Union Saar fordert die saarländische Landesregierung daher auf, zeitnah eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten.

#### b. Förderung von eSport in Vereinen

Um den seit Jahren rückläufigen Mitgliederzahlen in Sportvereinen entgegenzuwirken, ist die Betrachtung einer besonderen Entwicklung in der Freizeitgestaltung zu beachten: viele Hobbys werden inzwischen (bereits vor der Corona-Pandemie zu beobachten) von zu Hause ausgeübt. Dazu zählt insbesondere der eSport, der eine große Chance für die Vereine ist und sein kann. Die Junge Union Saar wirbt für die **Gründung von eSport-Abteilungen und fordert dazu auf, diese durch Anreize zu fördern**. Ziel ist das Bauen von Brücken - so werden eSport-Fans zur Vereinsaktivität motiviert, wodurch gleichzeitig der Zugang zu klassischen Sportarten und dem sozialen Vereinsleben vereinfacht wird.

#### c. Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen

Neben der vom Ministerium für Bildung und Kultur geförderten Initiative "Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen" fordern wir die Übernahme der Kosten für sogenannte

"Sportmentoren" an Schulen. Ziel ist es Schüler, die bereits in Vereinen aktiv sind, Verantwortung übernehmen zu lassen. Dadurch sollen die Schüler frühzeitig an die Aufgabenbereiche eines Trainers herangeführt werden und ihre Expertise in Form von Sport-AGs und der Organisation von Wettkämpfen an der Schule mit einbringen können. Daraus ergibt sich eine Win-Win-Situation für beide Seiten: Schulen binden ihre Schüler aktiv in den Schulsport mit ein und füllen so eventuell bestehende Kompetenzlücken in bestimmten Sportarten. Außerdem werden durch die Förderung bestimmter Sportarten an Schulen ggf. versteckte Talente entdeckt, die dann wiederum von den Sportmentee in die Vereine gebracht werden können.

#### d. Förderung des Blaulicht-Ehrenamtes in den Kommunen

Die Hilfsorganisationen leisten wertvolle Arbeit in unserem Land. Aufgrund des demografischen Wandels wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die sich ehrenamtlich u.a. in der Feuerwehr engagieren. Um das Blaulicht-Ehrenamt zu stärken, müssen Anreize geschaffen werden. Gelungenes Beispiel ist der freie Eintritt in kommunale Schwimmbäder für die Feuerwehrleute in einigen Kommunen. Dies sollte flächendeckend ermöglicht und seitens der Landesregierung unterstützt werden. Neben der Anerkennung für die Arbeit als ehrenamtliche Helfer wird so auch die kostenlose Möglichkeit der körperlichen Ertüchtigung für die Einsatzkräfte geschaffen.